Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- * Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 des Rates vom 8. September 1993 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Antidumpingzolls** 1
- Verordnung (EWG) Nr. 2475/93 der Kommission vom 8. September 1993 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand 10
- * Verordnung (EWG) Nr. 2476/93 der Kommission vom 7. September 1993 zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren** 12
- * Verordnung (EWG) Nr. 2477/93 der Kommission vom 6. September 1993 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China** 16
- * Verordnung (EWG) Nr. 2478/93 der Kommission vom 7. September 1993 zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 35 (laufende Nummer 40.0350) mit Ursprung in Thailand, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden** 24
- * Verordnung (EWG) Nr. 2479/93 der Kommission vom 7. September 1993 zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorien 14, 20 und 26 (laufende Nummern 40.0140, 40.0200 und 40.0260) mit Ursprung in Malaysia, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden** 26
- * Verordnung (EWG) Nr. 2480/93 der Kommission vom 7. September 1993 zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 16 (laufende Nummer 40.0160) mit Ursprung in Pakistan, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden** 28

* Verordnung (EWG) Nr. 2481/93 der Kommission vom 7. September 1993 zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 20 (laufende Nummer 40.0200) mit Ursprung im Iran, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	30
* Verordnung (EWG) Nr. 2482/93 der Kommission vom 7. September 1993 zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 31 (laufende Nummer 40.0310) mit Ursprung in Indonesien, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	31
Verordnung (EWG) Nr. 2483/93 der Kommission vom 8. September 1993 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1198/93 und zur Erhöhung der Dauerausschreibung zur Ausfuhr von im Besitz der französischen Interventionsstelle befindlichem Brotweichweizen auf 3 500 000 Tonnen	32
Verordnung (EWG) Nr. 2484/93 der Kommission vom 8. September 1993 zur Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse	34
Verordnung (EWG) Nr. 2485/93 der Kommission vom 8. September 1993 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von bestimmten Pflaumensorten mit Ursprung in Ungarn	35
Verordnung (EWG) Nr. 2486/93 der Kommission vom 8. September 1993 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1144/93 durchgeführte 15. Teilausschreibung	36
Verordnung (EWG) Nr. 2487/93 der Kommission vom 8. September 1993 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 200 000 Tonnen Brotroggen aus Beständen der deutschen Interventionsstelle	37
Verordnung (EWG) Nr. 2488/93 der Kommission vom 8. September 1993 betreffend die Erteilung von Einfuhrlizenzen für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch	38

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Kommission

93/486/Euratom, EGKS, EWG :

* Beschluß der Kommission vom 4. August 1993 über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. August 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind	39
---	----

93/487/Euratom, EGKS, EWG :

* Beschluß der Kommission vom 4. August 1993 über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. September 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind	41
--	----

93/488/Euratom, EGKS, EWG :

* Beschluß der Kommission vom 4. August 1993 über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. Oktober 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind	43
--	----

93/489/Euratom, EGKS, EWG :

* Beschluß der Kommission vom 4. August 1993 über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. November 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind	45
---	----

93/490/Euratom, EGKS, EWG :

* Beschluß der Kommission vom 4. August 1993 über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. Dezember 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind	47
---	----

I

*(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)***VERORDNUNG (EWG) Nr. 2474/93 DES RATES**

vom 8. September 1993

zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Antidumpingzolls

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 12,

auf Vorschlag der Kommission nach Konsultationen in dem mit der vorgenannten Verordnung eingesetzten Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe :

A. Vorläufige Maßnahmen

- (1) Mit Verordnung (EWG) Nr. 550/93⁽²⁾ führte die Kommission einen vorläufigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren von Fahrrädern des KN-Codes 8712 00 mit Ursprung in der Volksrepublik China in die Gemeinschaft ein. Mit Verordnung (EWG) Nr. 1607/93 des Rates⁽³⁾ wurde die Geltungsdauer dieses Zolls um höchstens zwei Monate verlängert.

B. Weiteres Verfahren

- (2) Nach der Einführung des vorläufigen Antidumpingzolls legten die folgenden Parteien ihren Standpunkt schriftlich dar :

Ausführer in der Volksrepublik China :

— Guangzhou Five Rams Bicycle Industry Corporation,

— Shanghai Bicycle Group,
— Qingdao Bicycle Industrial Corporation,
— Ghangzhou Golden Lion Bicycle Manufacturing & Trading Corp.,
— Xiamen Bicycle Company,
— Anyang Bicycle Industry Company,
— China Henan Light Industrial Products Imp./Exp. Corp.,
— Tianjin Bicycle Imp. & Exp. Corporation,
— Hubei Provincial International Trade Corporation,
— China North Industry Corporation,
— China Bicycles Company (Holdings) Limited,
— Asia Bicycle Co. Ltd,
— Catic Bicycle Co. Ltd,
— Sino-Danish Enterprises Co. Ltd,
— Hanji Town Waimanly Manufactory ;

Gemeinschaftshersteller :

— Hawk Cycles Ltd,
— Derby Cycle Werke GmbH,
— Cycleurope,
— Raleigh Industries Limited,
— Bicicletas de Alava SA,
— Gazelle BV ;

Unabhängige Einführer und Händler :

— Scott (Europe) SA, Schweiz,
— Chung Wai Manufactory Limited, Hongkong,
— Halfords Ltd, Vereinigtes Königreich.

Mehrere Parteien stellten bei der Kommission einen Antrag auf Anhörung, dem stattgegeben wurde.

- (3) Die Parteien wurden über die wichtigsten Fakten und Erwägungen unterrichtet, auf deren Grundlage beabsichtigt wurde, die Einführung endgültiger Antidumpingmaßnahmen und die endgültige Vereinnahmung der Sicherheitsleistungen für den vorläufigen Zoll zu empfehlen. Ihnen wurde ferner nach dieser Unterrichtung eine Frist zur Stellungnahme eingeräumt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 58 vom 11. 3. 1993, S. 12.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 155 vom 26. 6. 1993, S. 1.

- (4) Die Stellungnahmen der Parteien wurden geprüft, und die Kommission änderte ihre Schlußfolgerungen, soweit dies gerechtfertigt erschien.
- (5) Die Untersuchung überstieg den in Artikel 7 Absatz 9 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 vorgesehenen Einjahreszeitraum, vor allem wegen der zahlreichen Fahrradmodelle und der Vielfalt an technischen Leistungsmerkmalen.

C. Ware — Gleichartige Ware

- (6) In der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 (Randnummern 9 bis 11) stellte die Kommission fest, daß alle Fahrradmodelle als eine einzige Ware im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 anzusehen waren.
- (7) Einige Ausführer behaupteten weiterhin, die verschiedenen Fahrradkategorien wären als getrennte Waren anzusehen, da sie aufgrund der spezifischen Anwendungen und Verwendungen vom Verbraucher als verschieden eingestuft würden. Vor allem Mountainbikes seien eindeutig eine Kategorie für sich, was Bauteile, Preis und Verbrauchervorstellung anbetrifft.
- (8) Unter den Randnummern 9 bis 11 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 antwortete die Kommission bereits auf die meisten Argumente der Ausführer und kam zu dem Schluß, daß alle Fahrräder eine einzige Ware bildeten.

Zu der spezifischen Anwendung, Verwendung und Vorstellung der Verbraucher von den betreffenden Fahrrädern ist zunächst festzustellen, daß alle Fahrräder die gleiche Verwendung haben und im wesentlichen die gleiche Funktion erfüllen. Was die Verbrauchervorstellung anbetrifft, so sollen die verschiedenen Modelle grundsätzlich effektiv dem verschiedenen Bedarf der Endabnehmer entsprechen. Die Endabnehmer werden jedoch normalerweise ein Fahrrad je nach der Art der Verwendungen und Anwendungen einer bestimmten Kategorie zuordnen. Ein Mountainbike, das für Geländefahrten verwendet wird, kann ohne weiteres als normales Tourenrad benutzt werden. Mountainbikes sind manchmal so mit Zubehörteilen ausgestattet, daß sie im Straßenverkehr verwendet werden können. Außerdem besteht die Tendenz, Fahrräder zu kaufen, die für mehr als nur eine besondere Verwendung bestimmt sind. Das Hybridfahrrad, bei dem es sich entweder um eine Kreuzung zwischen Mountainbike und Rennrad oder zwischen Mountainbike und Tourenrad handelt, ist ein typisches Beispiel dafür. Dieser Trend erhöht sogar noch die Austauschbarkeit zwischen den einzelnen Fahrradkategorien und folglich den Wettbewerb zwischen sich überschneidenden Kategorien.

Dementsprechend läßt sich keine klare Trennungslinie nach der Verwendung und der Vorstellung der Verbraucher von den verschiedenen Kategorien ziehen.

Die Kommission stellte ferner fest, daß die Hersteller selbst oft zwischen ihren Fahrrädern der einzelnen Kategorien nicht unterscheiden, was Produktion, Vertrieb oder Buchführung anbetrifft. Sowohl die Hersteller in der Gemeinschaft als auch in China stellen alle ihre verschiedenen Fahrradkategorien nach dem gleichen Fertigungsprozeß her und verwenden für alle Fahrradkategorien die gleichen Vertriebskanäle.

Der Rat vertritt daher die Auffassung, daß die Ähnlichkeiten aller Fahrradkategorien, was ihre technischen und materiellen Eigenschaften sowie ihre Anwendung und Verwendung anbetrifft, für die Zwecke dieses Verfahrens etwaige Unterschiede überwiegen.

D. Wirtschaftszweig der Gemeinschaft

- (9) Die Untersuchung ergab, daß auf die Gemeinschaftshersteller, die uneingeschränkt zur Mitarbeit bereit waren, 54,3 % der Fahrradproduktion der Gemeinschaft entfielen. Weitere Hersteller, die einen Anteil von 10 % an der Gemeinschaftsproduktion erreichten, lieferten einige grundsätzliche Informationen zu ihrer Produktion und unterstützten den Antrag.
- (10) Da einige Gemeinschaftshersteller Bauteile von chinesischen Exporteuren bezogen, beantragte ein Ausführer, daß nur die Hersteller, die keine derartigen geschäftlichen Beziehungen unterhielten, den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft bilden sollten.
- (11) Nach den Feststellungen wurden die von den Gemeinschaftsherstellern verkauften Fahrräder, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, in der Gemeinschaft aus Teilen gemeinschaftlichen Ursprungs hergestellt, wenn auch bestimmte Teile aus Japan, Singapur, Taiwan und der Volksrepublik China importiert wurden. Außerdem können nach Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 Gemeinschaftshersteller nur ausgeschlossen werden, wenn sie selbst die von der Untersuchung betroffene Ware importieren, und nicht, wie dieser Ausführer beantragt, wenn sie nur bestimmte Bauteile aus einem Land beziehen, das auch die Fertigware exportiert.
- (12) Was die Gemeinschaftshersteller anbetrifft, die Fahrräder aus Taiwan und der Volksrepublik China importiert hatten, so wurden keine neuen Beweise vorgelegt, und der Rat bestätigt folglich die Schlußfolgerungen unter Randnummer 13 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93.

- (13) Ein Ausführer behauptete, die Gemeinschaftshersteller, die uneingeschränkt mitarbeiteten und die Fragebogen der Kommission beantworteten, seien nicht repräsentativ, und die Hersteller, denen die Fragebogen in einer späteren Phase des Verfahrens zugesandt worden waren, hätten nicht als Teil des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft gelten dürfen.
- (14) Zunächst ist festzustellen, daß die Kommission den Fragebogen anfangs nur an die Gemeinschaftshersteller sandte, die als Antragsteller in dem Antidumpingantrag aufgeführt waren. Erst nach Erhalt der Antworten auf diese Fragebogen wurde festgestellt, daß auf diese Gemeinschaftshersteller nur etwa 40 % der gesamten Fahrradproduktion der Gemeinschaft entfielen. Die Kommission versandte weitere Fragebogen, um die Schadensermittlung auf eine breitere Grundlage zu stützen. Ohne die Untersuchung über Gebühr hinauszuzögern, konnte die Kommission auf diese Weise bei ihren Feststellungen dann die Angaben der Mehrheit der Gemeinschaftshersteller zugrunde legen, und es bestand keinerlei Grund dafür, die Hersteller auszuschließen, die in einer späteren Phase des Verfahrens um Informationen ersucht worden sind.

E. Methodik

1. Individuelle Behandlung

- (15) Unter den Randnummern 34 bis 36 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 erklärte die Kommission, sie würde die Frage der individuellen Behandlung der chinesischen Ausführer in diesem Fall weiter prüfen.
- (16) Obwohl in einigen vorherigen Antidumpingfällen bestimmten Ausführern in der Volksrepublik China eine individuelle Behandlung zugestanden worden war, vor allem wenn sie nachgewiesen hatten, daß sie ihre Exportpolitik und ihre Ausführpreise unabhängig vom Staat bestimmen konnten, kam die Kommission im Laufe dieses Verfahrens zu dem Schluß, dem sich der Rat anschließt, daß aus folgenden Gründen äußerste Vorsicht in dieser Angelegenheit geboten ist.
- (17) Erstens ist zu bedenken, daß laut der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 in den Antidumpingverordnungen nur das Land und die Ware, für die der Zoll erhoben wird, anzugeben sind. Eine individuelle Behandlung ist folglich in der genannten Verordnung nicht vorgesehen und nur angemessen, soweit dies einen gerechteren und wirksameren Schutz gegen schadensverursachendes Dumping als ein einziger landesweiter Zoll ermöglicht.
- (18) Zweitens ist es im Falle der in Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 genannten Länder (zu denen die Volksrepublik China gehört nicht möglich, die Leistungsfähigkeit oder den komparativen Vorteil einzelner Ausführer bei der Ermittlung des Normalwertes zu berücksichtigen, da sich dieser unbedingt auf die Preise oder Kosten in einem Marktwirtschaftsland stützen muß. Die einzige Möglichkeit, Ausführern in diesen Ländern eine individuelle Behandlung zu gewähren, besteht darin, ihre individuellen Ausführpreise zugrunde zu legen. Im allgemeinen würde dies zu verzerrten und folglich ungeeigneten individuellen Ergebnissen führen, da dabei etwaigen komparativen Vorteilen, die jedoch nichts über die Leistungsfähigkeit aussagen, oder den Merkmalen der Waren der einzelnen Ausführer nicht Rechnung getragen würde.
- (19) Drittens ist es in der Praxis außerordentlich schwierig, im Falle eines Landes wie der Volksrepublik China festzustellen, ob ein Unternehmen tatsächlich sowohl de jure als auch de facto vom Staat unabhängig ist, und vor allem ob ein Unternehmen, wenn es zu einem gewissen Zeitpunkt Unabhängigkeit genießt, auf Dauer unabhängig ist. Die Wirtschaft der Volksrepublik China befindet sich im Übergang von einer voll auf staatlich kontrollierten Wirtschaft zu einer teilweise marktorientierten Wirtschaft. Die staatliche Kontrolle besteht in sehr vielen Aspekten des Wirtschaftslebens fort, und die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft erforderlichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsstrukturen sind noch nicht genügend entwickelt und den Wirtschaftsbeteiligten und Beamten nur unzureichend bekannt. Folglich besteht keinerlei Gewißheit, daß die Verträge ausgeführt werden und die angeblichen rechtlichen Sicherheiten bestehen und daß die Ausführer unabhängig vom Staat handeln können. Fest steht dagegen, daß der Staat das gesamte Wirtschaftsleben in China nach wie vor weitgehend beeinflußt. Der Staat kann jederzeit die Bestimmungen über die Beschäftigung und Entlohnung von Arbeitnehmern ändern. Er kontrolliert die Energieversorgung und kann Konvertierbarkeit und Transfer der Währung beschränken.
- (20) Viertens ist die Kommission gegenwärtig nicht in der Lage, die Angaben der Ausführer in China an Ort und Stelle nachzuprüfen, vor allem weil in Nichtmarktwirtschaftsländern der tatsächliche Sachverhalt nicht sicher festgestellt werden kann. Insbesondere ist es für die Kommission außerordentlich schwierig, nachzuprüfen, ob bestimmte Vereinbarungen, die angeblich eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat in der Exportpolitik garantieren, tatsächlich bestehen oder nur vorgegeben werden, vor allem wenn diese Vereinbarungen in Kenntnis der Tatsache getroffen worden sind, daß Antidumpingmaßnahmen eingeführt werden könnten.

- (21) Da eine individuelle Behandlung zu unangemessenen Zollsätzen führen kann und dem Staat die Möglichkeit gibt, die Antidumpingmaßnahmen zu umgehen, indem er die Exporte über den Ausführer mit dem niedrigsten Zollsatz leitet oder auf diesen Ausführer konzentriert, kamen die Kommission und der Rat zu dem Schluß, daß von der allgemeinen Regel, für Staatshandelsländer einen einzigen Antidumpingzoll festzusetzen, nur abgewichen werden sollte, wenn in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, daß die obengenannten Schwierigkeiten nicht auftreten.
- (22) Im vorliegenden Fall befinden sich die meisten bekannten Exportunternehmen hundertprozentig oder mehrheitlich im Besitz des Staates.
- (23) Zwei Ausführer beanspruchten eine individuelle Behandlung, die den in staatlichem Besitz befindlichen Exportunternehmen nicht gewährt werden sollte.
- (24) Einer dieser Ausführer, ein Unternehmen in Hongkong, beantragte eine individuelle Behandlung im Namen eines chinesischen Fahrradherstellers, der sich zu 100 % in Staatsbesitz befindet und dessen Fahrräder er aus China exportiert. Dieser Ausführer zog angeblich seinen Antrag auf individuelle Behandlung zurück. Die Kommission war der Auffassung, daß eine individuelle Behandlung in jedem Fall in dieser Situation nicht angemessen war, da das Unternehmen in Hongkong seine Bezugsquelle wechseln konnte.
- (25) Ein anderer Ausführer und Hersteller in China erklärte, sein Unternehmen sei in jüngster Zeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und der Staat besäße nach einer Reihe komplizierter und unklarer Aktionen inzwischen nur noch eine Minderheitsbeteiligung. Der Kommission wurde jedoch nicht in zufriedenstellender Weise nachgewiesen, daß dieses Unternehmen nicht mehr unter staatlicher Kontrolle war. Selbst eine Minderheitsbeteiligung verleiht dem Staat einen bedeutenden Einfluß auf die Unternehmensführung, vor allem im Zusammenspiel mit allen anderen Mitteln zur Einflußnahme, die dem Staat in China zur Verfügung stehen. In jedem Fall konnte die neue Struktur des Unternehmens nicht als stabil bezeichnet werden.
- (26) Ein Vertreter der chinesischen Regierung, der angeblich alle Fahrradhersteller vertrat, die sich teilweise im Besitz des chinesischen Staates befanden, erklärte außerdem der Kommission, der chinesische Staat koordiniere die Tätigkeiten aller Fahrradhersteller in China.
- (27) Aus diesen und den anderen unter den Randnummern 15 bis 21 dargelegten Gründen kommt der Rat zu dem Schluß, daß in diesem Fall gegenwärtig eine individuelle Behandlung nicht angemessen ist.

2. Stichprobe

- (28) Wegen der Vielzahl der Modelle und Ausführer muß die Kommission ihre Dumpingfeststellungen auf eine repräsentative Stichprobe stützen. Zu diesem Zweck wählte die Kommission die Modelle einer repräsentativen Auswahl von Herstellern. Die Stichprobe bestand aus zwei staatlichen Organisationen, zwei Joint Ventures und einem Hersteller, der über ein Unternehmen in Hongkong verkaufte. Um für ihre endgültigen Schlußfolgerungen eine möglichst repräsentative Stichprobe zu erhalten, berücksichtigte die Kommission das Unternehmen, das sich zu 100 % in Auslandsbesitz befand und das den größten Exportanteil erzielte. Auf diese sechs Unternehmen der Stichprobe entfallen nunmehr 88 % der Gesamtexporte der Unternehmen, die den Fragebogen beantworteten, in die Gemeinschaft.

Der Rat bestätigt diese Methodik.

F. Dumping

1. Normalwert

- (29) Bei der Bestimmung des vorläufigen Zolls kam die Kommission zu dem Schluß, daß Taiwan ein angemessenes Vergleichsland für die Ermittlung des Normalwertes der chinesischen Exporte in die Gemeinschaft darstellt, und der Normalwert wurde folglich gemäß Artikel 2 Absatz 5 Buchstabe a) Ziffer i) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 ermittelt, d. h. anhand der Inlandspreise der Fahrräder der Hersteller in Taiwan.
- (30) Ein Ausführer behauptete, die Volksrepublik China sei ein Marktwirtschaftsland angesichts der umfangreichen Wirtschaftsreformen, die dort inzwischen stattgefunden hätten. So funktioniere der Fahrradsektor nach den Regeln der Marktwirtschaft. Er beantragte daher, daß sich der Normalwert auf einen rechnerisch ermittelten Wert in der Volksrepublik China stützt.
- (31) Die Kommission lehnte dieses Argument ab, für das keine Beweise vorgelegt wurden. Die Volksrepublik China wird als ein Land ohne Marktwirtschaft gemäß Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 und der Verordnung (EWG) Nr. 1766/82⁽¹⁾ angesehen.
- (32) Ein Ausführer beantragte, daß die Kommission die Wahl von Taiwan als Vergleichsland überprüft, da das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung und die nationale Arbeitsverteilung nicht berücksichtigt worden seien.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 195 vom 5. 7. 1982, S. 21.

(33) Unter Randnummer 20 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 kam die Kommission zu dem Schluß, daß die Wahl Taiwans als Vergleichsland angesichts des Wettbewerbsniveaus auf dem Inlandsmarkt und der Vergleichbarkeit der Modelle und der Produktionszahlen angemessen und nicht unvernünftig war. Die Tatsache, daß das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung und die nationale Arbeitsverteilung von der Kommission nicht berücksichtigt worden waren, macht die Wahl Taiwans nicht ungültig. Diese Kriterien sind nicht relevant, weil kein direkter Zusammenhang zwischen ihnen und den Produktionskosten besteht. Außerdem sind die Zahlenangaben über das Bruttosozialprodukt eines Staatshandelslandes und dasjenige eines Marktwirtschaftslandes nicht vergleichbar. In jedem Fall prüfte die Kommission ausführlich alle Vorschläge der Ausführer und setzte sich mit den wichtigsten Herstellern in den vier vorgeschlagenen Ländern in Verbindung, um sie zur Mitarbeit zu gewinnen, jedoch ohne Erfolg. Außerdem wurde der Kommission kein anderes Land vorgeschlagen, das selbst nach diesen zusätzlichen Kriterien geeigneter gewesen wäre als Taiwan.

(34) Der Normalwert für die Volksrepublik China wurde bei der vorläufigen Sachaufklärung nach Artikel 2 Absatz 5 Buchstabe a) Ziffer i) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 ermittelt und stützte sich folglich auf die Inlandspreise in Taiwan. Wie unter Randnummer 20 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegt, stellte die Kommission fest, daß die auf dem Markt in Taiwan verkauften Fahrräder und die chinesischen Modelle der Stichprobe weitgehend vergleichbar waren. Die im normalen Handelsverkehr tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preise in Taiwan lieferten folglich eine angemessene Grundlage für die Bestimmung des Normalwertes für die Volksrepublik China. Zur Erhöhung der Repräsentativität ihrer Dumpingberechnung beschloß die Kommission jedoch, bestimmte chinesische Modelle einzubeziehen, für die die rechnerisch ermittelten Werte vergleichbarer Modelle zur Verfügung standen, die von den Herstellern in Taiwan in die Gemeinschaft exportiert wurden.

(35) Ein Ausführer behauptete, die Ausführer in Taiwan erhielten eine günstigere Behandlung als die Ausführer in China, da der Normalwert für Taiwan rechnerisch ermittelt wurde, der Normalwert für die Volksrepublik China sich dagegen für die Zwecke der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 auf die Preise in Taiwan stützte.

(36) Die Kommission wies dieses Argument zurück. Im Falle der Fahrradmodelle, die aus Taiwan in die Gemeinschaft exportiert wurden, stellte die Kommission fest, daß erhebliche Unterschiede zwischen diesen Exportmodellen und den auf dem

Inlandsmarkt in Taiwan verkauften Modellen bestanden. Wie unter Randnummer 16 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegt, konnten daher die Inlandspreise nicht herangezogen werden, denn die in diesem Fall erforderlichen Preisberichtigungen wären so erheblich, daß das ganze keinen Sinn hätte. Im Falle der Volksrepublik China konnte nicht die gleiche Methodik gewählt werden, da keine zuverlässigen Angaben über die Produktionskosten erhältlich waren. Die Verwendung der tatsächlichen Preise in Taiwan bedeutet jedoch keine Diskriminierung der Volksrepublik China. Nach dem Antrag des Ausführers zu urteilen, wären die rechnerisch ermittelten Normalwerte niedriger als die tatsächlichen Preise in Taiwan. Dies war jedoch nicht der Fall, da die rechnerische Ermittlung auf den tatsächlichen Preisen basierte. Die Heranziehung der Inlandspreise in Taiwan war höchstwahrscheinlich für den chinesischen Ausführer nur günstig, da, wie unter Randnummer 29 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegt, die Kommission sich bemüht hatte, Modelle aus Taiwan auszuwählen, die weniger gut ausgerüstet waren als das vergleichbare chinesische Modell.

Der Rat bestätigt die Schlußfolgerungen zu dem Normalwert.

2. Ausfuhrpreis

(37) Ein Ausführer behauptete, die von der Kommission bei der Dumpingberechnung zugrunde gelegten Exportverkäufe seien unzureichend und nicht repräsentativ.

(38) In ihrer vorläufigen Sachaufklärung stützte die Kommission ihre Dumpingberechnung auf diejenigen chinesischen Modelle, die den in Taiwan im normalen Handelsverkehr und in ausreichenden Mengen verkauften Modellen vergleichbar waren. Die Zahl der in der Dumpingberechnung erfaßten Fahrräder ließ sich nicht erhöhen, da alle in Taiwan verkauften vergleichbaren Modelle erfaßt worden waren. Wie unter Randnummer 34 dargelegt, hatte die Kommission alle Möglichkeiten genutzt, um den Normalwert auf die Preise in Taiwan zu stützen, und beschlossen, in ihre ursprüngliche Dumpingberechnung mehr chinesische Modelle einzubeziehen, für die die rechnerisch ermittelten Werte vergleichbarer Fahrradmodelle vorlagen, die von Herstellern in Taiwan in die Gemeinschaft exportiert wurden. Diese Methode wurde für alle Unternehmen der Stichprobe gewählt, so daß 63 % der gesamten Fahrradexporte in der Dumpingberechnung berücksichtigt wurden, was nach Auffassung der Kommission zur Sicherung der Repräsentativität mehr als ausreichend ist.

(39) Die Ausfuhrpreise wurden anhand der tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preise der zur Ausfuhr in die Gemeinschaft verkauften Ware ermittelt.

(40) In ihrer vorläufigen Sachaufklärung hatte die Kommission im Falle eines Ausführers, der über ein verbundenes Unternehmen in Hongkong in die Gemeinschaft verkaufte, den Ausfuhrpreis nach Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 berechnet. Die Kommission hat inzwischen diesen Fall überprüft und beschlossen, in Ermangelung eines Ausfuhrpreises aus der Volksrepublik China den chinesischen Ausfuhrpreis gemäß Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe b) der genannten Verordnung rechnerisch zu ermitteln auf der Grundlage des Preises, zu dem die betreffende Ware von dem Ausführer in Hongkong an unabhängige Abnehmer in der Gemeinschaft weiterverkauft wurde. Eine Berichtigung wurde für eine geschätzte Gewinnspanne von 5 % vorgenommen, da die Verkäufe über Hongkong getätigt wurden. Diese Methode erschien vernünftig und in diesem besonderen Fall allein angemessen.

Der Rat bestätigt dieses Vorgehen.

3. Vergleich

(41) Ein Ausführer beantragte Berichtigungen, soweit zutreffend, für Unterschiede bei den Frachtkosten, Zollrückvergütungen, Kommissionen und Gehältern für Verkaufspersonal. Die Kommission akzeptierte dieses Argument und nahm außer den unter Randnummer 28 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 genannten Berichtigungen ferner Berichtigungen für Unterschiede bei den Frachtkosten, Zollrückvergütungen, Kommissionen und Gehältern für Verkaufspersonal vor.

(42) Mehrere Ausführer behaupteten weiterhin, die Kommission habe den Qualitätsunterschieden zwischen den Fahrrädern aus China und aus Taiwan nicht gebührend Rechnung getragen, indem sie sich auf die Kriterien Fahrradkategorie, Material des Rahmens und Zahl der Gänge beschränkte. Auch andere Faktoren erforderten Berichtigungen, die nach den Schätzungen eines Ausführers eine weitere Kürzung des Normalwertes um 5 % ausmachen würden. Ein Einführer behauptete dagegen, die Fahrräder, die er aus der Volksrepublik China importierte, seien von so hoher Qualität, daß sie mit den Fahrrädern der Gemeinschaftshersteller nicht konkurrierten.

(43) Obgleich die Argumente der verschiedenen Parteien zu der Qualität der Exportprodukte widersprüchlich waren, hat die Kommission nun weitere Kriterien für die Bestimmung der Vergleichbarkeit der Modelle herangezogen wie Ausführung und Typ der Kettenschaltung, Kettenrad, Schalthebel, Bremsvorrichtungen und Radnaben, da diese Bauteile ebenfalls für die Qualität eines Fahrrads ausschlaggebend sind. Einige Qualitätsunterschiede wurden außerdem bereits in gewisser Weise durch die Auswahl eines Vergleichsmodells aus Taiwan mit geringeren Leistungsmerkmalen berücksichtigt,

wie unter Randnummer 29 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegt. Die Kommission trug damit folglich den wichtigsten Kriterien Rechnung, die die Qualität eines Fahrrads bestimmen.

(44) Mehrere Ausführer behaupteten, in einigen Fällen sei der Vergleich der Kommission zwischen den Exportmodellen der Volksrepublik China und dem in Taiwan verkauften Modell ungeeignet und die von der Kommission ausgewählten Modelle aus Taiwan seien nicht immer weniger gut ausgerüstet, wie unter Randnummer 29 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 angegeben. Die Gemeinschaftshersteller erklärten dagegen, die Kommission hätte in vielen Fällen die chinesischen Ausführer bei ihrer Auswahl der Modelle aus Taiwan für die Ermittlung des Normalwertes begünstigt und die tatsächliche Dumpingspanne sei viel höher.

(45) Die Kommission prüfte die Kommentare der einzelnen Parteien zu dem Modellvergleich und berichtigte den Vergleich, indem sie weitere Kriterien berücksichtigte, wie unter Randnummer 43 dargelegt, und, soweit möglich, die Modelle ersetzte nach der unter Randnummer 29 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegten Methode. Die Dumpingberechnung wurde entsprechend berichtigt.

(46) Ein Ausführer beantragte eine Berichtigung für SGA-Kosten, die einem Hersteller in Taiwan entstanden, dessen Inlandsverkäufe über eine verbundene Verkaufstochtergesellschaft getätigt wurden.

(47) Die Kommission prüfte dieses Argument und kam zu dem Schluß, daß die Tatsache, daß die Verkäufe über eine Verkaufstochtergesellschaft getätigt wurden, die Vergleichbarkeit der Preise nicht beeinflusste.

(48) Ein Ausführer beantragte eine Berichtigung für Unterschiede bei der Handelsstufe, da seine Exporte in die Gemeinschaft an sogenannte OEM (Original Equipment Manufacturers) gingen, das heißt an Unternehmen, die die importierte Ware unter ihrem eigenen Firmennamen weiterverkauften, und diese mit einem Normalwert verglichen wurden, der sich auf die Verkäufe unter dem Firmennamen auf dem Markt in Taiwan stützte.

(49) Die Kommission konnte diesem Antrag nicht stattgeben. Abgesehen von der Tatsache, daß dieser Antrag nicht begründet wurde, stellte die Kommission fest, wie unter Randnummer 27 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegt, daß eine Berichtigung nicht angezeigt war, da sich die Preise, Kosten und Gewinne bei OEM-Verkäufen auf dem Markt in Taiwan nicht wesentlich von denjenigen unterschieden, die bei den Verkäufen unter dem Firmennamen anfielen.

Der Rat bestätigt diese Schlußfolgerung.

4. Dumpingspannen

- (50) Auf die Unternehmen, die den Fragebogen der Kommission beantworteten, entfielen nur 73 % der Gesamtexporte aus der Volksrepublik China. Die chinesischen Behörden hätten Namen und Anschriften der anderen Hersteller in China mitteilen können, damit auch diesen Fragebogen zugesandt werden konnten, taten dies aber nicht. Dementsprechend kann nur davon ausgegangen werden, daß die Dumpingspanne dieser nicht kooperationswilligen Hersteller mindestens ebenso hoch ist wie diejenige der kooperationsbereiten Ausführer, für die die höchste Dumpingspanne festgestellt wurde. Die Dumpingspanne wurde daher für die sechs Unternehmen der Stichprobe anhand des gewogenen Durchschnitts der Dumpingspanne je Modell ermittelt und für die übrigen 27 %, für die keine Fragebogen versandt werden konnten, nach Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88. In diesem Zusammenhang stellten nach Auffassung der Kommission die Dumpingspannen der Modelle des Unternehmens der Stichprobe mit der höchsten Dumpingspanne die beste Grundlage dar. Auf dieser Grundlage beträgt die Dumpingspanne für die Volksrepublik China, ausgedrückt als Prozentsatz des cif-Wertes, nunmehr 30,6 %.

Der Rat bestätigt die Dumpingfeststellungen der Kommission.

G. Schädigung

1. Gesamtverbrauch, Volumen und Marktanteile der gedumpten Einfuhren

- (51) Nach der Überprüfung des Marktanteils des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft wurde festgestellt, daß die Zahlenangaben in der Verordnung über den vorläufigen Zoll berichtigt werden müssen. Nach den neuen Zahlenangaben fiel der Marktanteil der Gemeinschaftshersteller von 37,8 % im Jahre 1989 auf 30,2 % im Untersuchungszeitraum. Die weiteren Ausführungen unter den Randnummern 38 und 39 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 werden bestätigt.

2. Preise der gedumpten Einfuhren

- (52) Einige Ausführer behaupteten, die unter den Randnummern 40 bis 44 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 dargelegte Berechnung der Preisunterbietung sei nicht präzise genug und trage den Qualitätsunterschieden der Fahrräder nicht gebührend Rechnung.
- (53) Die Kommission berücksichtigte die Argumente der Ausführer und nahm eine neue Berechnung der Preisunterbietung vor, indem sie die unter den Randnummern 40 bis 44 der Verordnung (EWG)

Nr. 550/93 dargelegte Methode verfeinerte. Zu diesem Zweck gliederte sie jede der hundert verschiedenen Gruppen von Fahrrädern, die auf der Basis der Fahrradkategorie, des Materials des Rahmens und der Zahl der Gänge geschaffen worden waren, in weitere drei Segmente. Diese drei Segmente entsprechen der unterschiedlichen Qualität des Fahrrads (hoch, mittel und niedrig), die nach dem Kettenanschluß bestimmt wurden.

- (54) Ein Unternehmen behauptete, die Berechnung der Preisunterbietung sei nicht repräsentativ, da sie nicht genügend Exporte in die Gemeinschaft berücksichtigte und bestimmte, in der Berechnung erfaßte Gemeinschaftshersteller keine oder nur unzureichende Verkäufe erzielten.
- (55) Die Kommission berücksichtigte dieses Argument und legte bei ihren Berechnungen eine größere Anzahl von Modellen zugrunde, so daß mehr als 75 % der Fahrradverkäufe aller Exporteure der Stichprobe erfaßt wurden. Die Kommission stützte ihre Berechnung auch auf eine größere Anzahl von Modellen und von Gemeinschaftsherstellern.
- (56) Ein Unternehmen hielt die Berichtigung für unzureichend, die die Kommission unter Randnummer 42 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 für Unterschiede bei der Handelsstufe zugestanden hatte. Dieses Unternehmen führte zwei Beispiele an, die angeblich eine höhere Berichtigung rechtfertigten.
- (57) Die Kommission prüfte die Beispiele dieses Unternehmens und stellte fest, daß ein Unternehmen eine Spanne hatte, die sich nicht wesentlich von der Spanne unterschied, die die Kommission zugrunde gelegt hatte, während das andere Unternehmen auf einer anderen Handelsstufe verkaufte, so daß seine Zahlen nicht verwendet werden konnten. Die Kommission prüfte eingehend die Antworten der Einführer auf ihre Fragen und kam zu dem Schluß, daß ihre Berichtigungen für Unterschiede bei der Handelsstufe unter Randnummer 42 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 richtig waren.
- (58) Die Kommission änderte dementsprechend ihre Berechnung der Preisunterbietung unter den Randnummern 56 und 58 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93. Bei den Exporten aus der Volksrepublik China wurde eine gewogene durchschnittliche Preisunterbietung von 59 % festgestellt.

3. Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft

- (59) Mehrere Ausführer bestritten die vorläufigen Feststellungen der Kommission zu der Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft und erklärten, die Gemeinschaftshersteller erzielten höhere Gewinne und profitierten in vollem Umfang von der Verbrauchszunahme durch Steigerung von Produktion, Absatz und Marktanteil.

(60) Die Kommission überprüfte daraufhin alle Einzelangaben zu der Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft und forderte von einigen Gemeinschaftsherstellern weitere Angaben an. Dies führte zu einer geringfügigen Änderung der Feststellungen der Kommission zu Produktion, Kapazität, Kapazitätsauslastung, Lagerbeständen, Absatz, Marktanteilen, Preisentwicklung, Rentabilität und Investitionen, bestätigte jedoch insgesamt eindeutig die Tendenz, die in der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 festgestellt worden war.

a) Produktion, Kapazität, Kapazitätsauslastung und Lagerbestände

(61) Die Produktion des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft stieg von 5 334 000 Stück 1988 auf 5 876 000 Stück 1989 und 6 620 000 Stück 1990, fiel dagegen im Untersuchungszeitraum auf 6 190 000 Stück.

(62) Die Produktionskapazität erhöhte sich von 7 620 000 Stück 1988 auf 8 161 000 Stück 1989 und 8 758 000 Stück 1990 und hielt sich auf diesem Niveau im Untersuchungszeitraum. Die Kapazitätsauslastung erreichte 1988 70 %, 1989 72 % und 1990 76 %, fiel dagegen im Untersuchungszeitraum auf 71 %.

(63) Die Lagerbestände der Gemeinschaftshersteller erhöhten sich von 288 000 Stück 1988 auf 395 000 Stück 1989, verringerten sich dann auf 330 000 Stück 1990, erreichten aber im Untersuchungszeitraum wieder 419 000 Stück.

b) Absatz und Marktanteil

(64) Zwischen 1988 und 1989 stiegen die Fahrradverkäufe in der Gemeinschaft um 18,5 %, die Verkäufe der Gemeinschaftshersteller jedoch nur um 11,4 %. Zwischen 1989 und 1990 kam es zu einer weiteren Verbrauchszunahme um 21,1 %, während der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft seinen Absatz nur um 10,4 % steigern konnte. Zwischen 1990 und dem Untersuchungszeitraum nahm der Verbrauch um 9,2 % zu, der Absatz der Gemeinschaftshersteller ging dagegen um 4,2 % zurück.

(65) Der Marktanteil der Gemeinschaftshersteller verringerte sich ständig, und zwar von 40,2 % 1988 auf 37,8 % 1989, 34,4 % 1990 und schließlich 30,2 % im Untersuchungszeitraum.

c) Preisentwicklung

(66) Für die Zwecke ihrer vorläufigen Feststellungen kam die Kommission zu dem Schluß, daß sich die Preisentwicklung bei den zahlreichen Modellen zwar nicht genau verfolgen ließ, die Fahrradpreise

aber nicht mit den höheren Spezifikationen stiegen.

(67) Einige Ausführer behaupteten, die Fahrradpreise in der Gemeinschaft seien in Wirklichkeit erheblich angestiegen.

(68) Die Kommission hat inzwischen die Entwicklung der Preise der Gemeinschaftshersteller genauer untersucht und festgestellt, daß die Preise der repräsentativen Modelle, die lange Zeit im Falle der vier größten Gemeinschaftshersteller praktisch unverändert geblieben waren, zwischen 1990 und dem Untersuchungszeitraum im Durchschnitt um 7,55 % zurückgingen, und zwar trotz ständig höherer Spezifikationen und steigender Nachfrage in der Gemeinschaft.

d) Rentabilität

(69) Die Kommission stellte fest, daß trotz des Nachfrageanstiegs in den letzten vier Jahren die Gewinne des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft relativ niedrig waren. Eine weitere Prüfung der finanziellen Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ergab, daß die Gewinne von 2,58 % 1988 auf 4 % 1989 und 5,11 % 1990 anstiegen und im Untersuchungszeitraum auf 4,81 % zurückfielen.

e) Investitionen

(70) Die Investitionen der Gemeinschaftshersteller erreichten 1988 16,5 Millionen ECU, 1989 20,7 Millionen ECU, 1990 25 Millionen ECU und im Untersuchungszeitraum 25,3 Millionen ECU.

4. *Schlußfolgerungen zu der Schädigung*

(71) Nach der endgültigen Feststellung der Schadensfaktoren und vor allem angesichts der stagnierenden Verkäufe, der Marktanteilverluste und der unzureichenden Gewinne in einer Zeit steigender Nachfrage bestätigt die Kommission, daß der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft eine bedeutende Schädigung im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 erlitt.

Der Rat bestätigt diese Schlußfolgerungen und die Sachaufklärung.

H. *Schadensursache*

a) Auswirkungen der gedumpte Einfuhren

(72) Die Kommission hat in ihren vorläufigen Schlußfolgerungen die Auswirkungen der gedumpte Einfuhren auf den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft ausführlich erläutert (Randnummern 55 bis 57 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93). Da dazu keine neuen Argumente vorgebracht wurden, bestätigt die Kommission diese Feststellungen.

b) Andere Faktoren

- (73) Ein Ausführer erklärte, der Grund für den Rückgang des Marktanteils des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft sei nicht das Dumping, sondern seine Unfähigkeit, infolge unzureichender Investitionen die wachsende Nachfrage nach Fahrrädern zu decken.

Nach den Feststellungen der Kommission zu der Kapazitätsauslastung, die nie mehr als 76 % erreichte, konnte der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft ohne weiteres mehr Fahrräder liefern. Außerdem beweist die Tatsache, daß der Wirtschaftszweig seine Investitionen intensiviert, daß er weiterhin an der Fahrradproduktion interessiert war. Dieses Argument wird folglich zurückgewiesen.

- (74) Zu den Randnummern 58 bis 61 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 wurden keine neuen Beweise vorgelegt, die eine Änderung der vorläufigen Feststellungen der Kommission erfordert hätten. Die Kommission bestätigt daher ihre Feststellungen.

Der Rat bestätigt dementsprechend die Feststellungen der Kommission zu den Auswirkungen der gedumpte Einfuhren und zu den anderen Faktoren.

I. Interesse der Gemeinschaft

- (75) Wie unter Randnummer 65 der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 festgestellt, kam die Kommission zu dem Schluß, daß es im Interesse der Gemeinschaft liegt, Maßnahmen zu ergreifen.
- (76) In der Folge wurden keine neuen Informationen beigebracht. Der Rat bestätigt die obigen Schlußfolgerungen.

J. Verpflichtung

- (77) Ein chinesischer Ausführer bot eine Preisverpflichtung an. Die Kommission lehnte diese Verpflichtung ab, da die Annahme eines Verpflichtungsgebots eines Ausführers in einem Land ohne Marktwirtschaft eine individuelle Behandlung dieses Ausführers voraussetzen würde, die im vorliegenden Fall nicht zugestanden werden konnte.

K. Endgültiger Zoll

- (78) Da die Schadensschwelle die Dumpingspanne übersteigt, sollte der Zoll auf der Höhe der letzteren festgesetzt werden.

- (79) Ein Ausführer beantragte, daß die Kommission gemäß Artikel 13 des Antidumpingkodex des GATT die Tatsache berücksichtigt, daß es sich bei der Volksrepublik China um ein Entwicklungsland handelt, und daß sie dementsprechend konstruktive Abhilfemaßnahmen trifft.

- (80) In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß die Volksrepublik China den Antidumpingkodex des GATT nicht unterzeichnet hat.

L. Vereinnahmung der vorläufigen Zölle

- (81) In Anbetracht der festgestellten Dumpingspannen und des Umfangs der Schädigung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft hält der Rat es für notwendig, die Sicherheitsleistungen in Form des vorläufigen Antidumpingzolls bis zur Höhe des endgültigen Antidumpingzolls endgültig zu vereinnahmen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

- (1) Auf die Einfuhren von Fahrrädern und anderen Zweirädern (einschließlich Lastendreiräder) ohne Motor des KN-Codes 8712 00 mit Ursprung in der Volksrepublik China wird ein endgültiger Antidumpingzoll eingeführt.

- (2) Der Zollsatz auf den Nettopreis frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt, beträgt 30,6 %.

- (3) Für die Erhebung des Zolls sind die geltenden Zollbestimmungen maßgebend.

Artikel 2

Die Sicherheitsleistungen in Form des mit der Verordnung (EWG) Nr. 550/93 eingeführten vorläufigen Antidumpingzolls werden bis zur Höhe des entsprechenden endgültigen Zolls endgültig vereinnahmt. Die den endgültigen Zollsatz übersteigenden Sicherheitsleistungen werden freigegeben.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 8. September 1993.

Im Namen des Rates

Der Präsident

W. CLAES

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2475/93 DER KOMMISSION
vom 8. September 1993
zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in
unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1548/93 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 19
Absatz 4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Weiß- und
Rohzucker anzuwenden sind, wurden durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 2433/93 der Kommission ⁽³⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in Verordnung (EWG) Nr. 2433/93
enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über die die
Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die
derzeit geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend dem
Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind.

Die mit Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des
Rates ⁽⁴⁾ festgelegten repräsentativen Marktkurse werden

bei der Umrechnung der in den Drittländwährungen
ausgedrückten Beträge berücksichtigt. Außerdem werden
sie bei der Bestimmung der den Währungen der Mitglied-
staaten entsprechenden landwirtschaftlichen Umrech-
nungskurse zugrunde gelegt. Die für diese Umrech-
nungen erforderlichen Durchführungsbestimmungen
wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der
Kommission ⁽⁵⁾ erlassen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem
Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der
Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht
denaturierten Erzeugnisse, die im Anhang der Verord-
nung (EWG) Nr. 2433/93 festgesetzt wurden, werden wie
im Anhang angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 9. September 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 223 vom 2. 9. 1993, S. 15.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 8. September 1993 zur Änderung der Ausführerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung ⁽¹⁾
	— in ECU/100 kg —
1701 11 90 100	35,26 ⁽¹⁾
1701 11 90 910	34,36 ⁽¹⁾
1701 11 90 950	⁽²⁾
1701 12 90 100	35,26 ⁽¹⁾
1701 12 90 910	34,36 ⁽¹⁾
1701 12 90 950	⁽²⁾
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 91 00 000	0,3833
	— in ECU/100 kg —
1701 99 10 100	38,33
1701 99 10 910	38,78
1701 99 10 950	38,78
	— in ECU/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 99 90 100	0,3833

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 766/68 errechnet.

⁽²⁾ Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

⁽³⁾ Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der Verordnung (EWG) Nr. 990/93 festgelegten Bedingungen gewährt werden.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2476/93 DER KOMMISSION

vom 7. September 1993

zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des
Zollwerts bestimmter verderblicher WarenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1577/81 der
Kommission vom 12. Juni 1981 zur Einführung eines
Systems vereinfachter Verfahren zur Ermittlung des Zoll-
werts bestimmter verderblicher Waren ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 3334/90 ⁽²⁾, insbeson-
dere auf Artikel 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1577/81 bestimmt,
daß die Kommission periodische Durchschnittswerte je
Einheit für die Waren nach der Klasseneinteilung im
Anhang festsetzt.Die Anwendung der in derselben Verordnung festge-
legten Regeln und Kriterien auf die der Kommissionnach Artikel 1 Absatz 2 der genannten Verordnung
mitgeteilten Angaben führt zu den im Anhang zur vorlie-
genden Verordnung festgesetzten Durchschnittswerten je
Einheit —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 1577/81 vorgesehenen Durchschnittswerte je Einheit
werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 10. September 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. September 1993

Für die Kommission

Christiane SCRIVENER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 154 vom 13. 6. 1981, S. 26.⁽²⁾ ABl. Nr. L 321 vom 21. 11. 1990, S. 6.

ANHANG

Ru- brik	KN-Code	Warenbenennung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto									
			ECU	bfrs/lfrs	Dkr	DM	ffrs	Dr	irisches £	Lit	hfl	£ Sterling
1.10	0701 90 51 0701 90 59	Frühkartoffeln	15,37	633	120,94	29,30	103,07	4150	12,64	28424	32,91	11,84
1.20	0702 00 10 0702 00 90	Tomaten	100,05	4047	784,93	192,86	670,84	27072	81,56	182099	216,93	76,01
1.30	0703 10 19	Speisezwiebeln (andere als Steckzwiebeln)	11,69	481	91,99	22,28	78,40	3157	9,62	21621	25,03	9,01
1.40	0703 20 00	Knoblauch	73,32	3022	576,96	139,78	491,74	19800	60,34	135601	157,03	56,53
1.50	ex 0703 90 00	Porree	27,80	1117	209,04	54,33	183,17	7384	22,31	50899	61,05	21,85
1.60	ex 0704 10 10 ex 0704 10 90	Blumenkohl	57,81	2331	438,81	113,34	385,48	15133	43,14	104614	127,38	45,06
1.70	0704 20 00	Rosenkohl	53,72	2267	423,88	110,06	374,08	11735	41,29	82719	124,09	37,72
1.80	0704 90 10	Weißkohl und Rotkohl	31,38	1265	239,40	61,47	210,09	8126	23,42	54525	69,15	25,05
1.90	ex 0704 90 90	Brokkoli oder Spargelkohl (Brassica oleracea var. italica)	123,37	4943	921,62	240,50	812,12	32641	98,56	221730	269,86	96,64
1.100	ex 0704 90 90	Chinakohl	20,94	839	156,44	40,82	137,86	5541	16,73	37639	45,80	16,40
1.110	0705 11 10 0705 11 90	Kopfsalat	67,35	2706	506,31	131,61	443,65	17886	54,03	123279	147,87	52,93
1.120	ex 0705 29 00	Endivien	21,82	877	162,70	42,58	143,89	5690	17,51	39262	47,92	17,72
1.130	ex 0706 10 00	Karotten und Speisemöhren	32,58	1311	245,82	63,64	216,50	8694	26,26	58568	71,55	24,98
1.140	ex 0706 90 90	Radieschen	67,01	2692	503,74	130,94	441,40	17795	53,76	122654	147,12	52,67
1.150	0707 00 11 0707 00 19	Gurken	41,14	1654	307,45	80,47	270,68	10972	32,98	73514	90,25	32,27
1.160	0708 10 10 0708 10 90	Erbsen (Pisum sativum)	191,68	7900	1508,23	365,40	1285,46	51760	157,75	354473	410,51	147,77
1.170		Bohnen :										
1.170.1	0708 20 10 0708 20 90	Bohnen (Vigna-Arten, Phaseo- lus-Arten)	248,61	10246	1956,23	473,93	1667,28	67134	204,61	459763	532,44	191,67
1.170.2	0708 20 10 0708 20 90	Bohnen (Phaseolus Ssp, vulgari- s var. Compressus Savi)	46,71	1879	352,40	91,24	310,36	12464	37,65	83960	102,58	35,81
1.180	ex 0708 90 00	Dicke Bohnen	92,83	3894	734,40	189,09	645,42	21793	71,04	142837	212,96	66,61
1.190	0709 10 00	Artischocken	136,32	5478	1024,80	266,38	897,97	36202	109,37	249524	299,31	107,15
1.200		Spargel :										
1.200.1	ex 0709 20 00	— grüner	628,58	25907	4945,98	1198,27	4215,43	169738	517,33	1162430	1346,20	484,61
1.200.2	ex 0709 20 00	— anderer	526,03	21024	3913,81	1020,70	3455,29	137215	418,45	976186	1149,14	431,29
1.210	0709 30 00	Auberginen	97,14	3929	762,10	187,25	651,33	26285	79,19	176802	210,62	73,80
1.220	ex 0709 40 00	Bleichsellerie, auch Stangen- sellerie genannt (Apium gra- veolens var. Dulce)	91,65	3691	689,40	179,61	604,84	24461	73,57	162068	201,40	71,34
1.230	0709 51 30	Pfifferlinge	575,61	23724	4529,16	1097,29	3860,18	155434	473,73	1064468	1232,75	443,77
1.240	0709 60 10	Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack	60,05	2475	472,52	114,47	402,73	16216	49,42	111055	128,61	46,29
1.250	0709 90 50	Fenchel	73,55	2966	558,22	144,18	490,38	19251	54,88	133083	162,05	57,33
1.260	0709 90 70	Zucchini (Courgettes)	49,65	1995	373,28	97,03	327,09	13186	39,83	90889	109,02	39,02
1.270	ex 0714 20 10	Süße Kartoffeln, ganz, frisch (zum menschlichen Verzehr bestimmt)	58,76	2422	462,39	112,02	394,09	15868	48,36	108675	125,85	45,30
2.10	ex 0802 40 00	Eßkastanien (Castanea-Arten), frisch	83,78	3378	639,04	164,08	560,82	21691	62,54	145547	184,60	66,87
2.20	ex 0803 00 10	Bananen (andere als Mehlba- nanen), frisch	51,37	2117	404,22	97,93	344,51	13872	42,28	95002	110,02	39,60
2.30	ex 0804 30 00	Ananas, frisch	30,85	1271	242,74	58,80	206,88	8330	25,39	57050	66,07	23,78
2.40	ex 0804 40 10 ex 0804 40 90	Avocadofrüchte, frisch	141,18	5818	1110,89	269,13	946,80	38124	116,19	261088	302,36	108,84

Ru- brik	KN-Code	Warenbenennung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto									
			ECU	bfrs/lfrs	Dkr	DM	ffrs	Dr	irisches £	Lit	hfl	£ Sterling
2.50	ex 0804 50 00	Mangofrüchte und Guaven, frisch	113,72	4687	894,85	216,79	762,68	30710	93,59	210314	243,56	87,68
2.60		Süßorangen, frisch :										
2.60.1	0805 10 11 0805 10 21 0805 10 31 0805 10 41	— Blut- und Halbblutorangen	29,84	1207	234,16	57,53	200,13	8076	24,33	54325	64,72	22,67
2.60.2	0805 10 15 0805 10 25 0805 10 35 0805 10 45	— Navels, Navelines, Navelates, Salustianas, Vernas, Valencia lates, Maltaises, Shamoutis, Ovalis, Trovita, Hamlins	56,13	2313	441,69	107,00	376,45	15158	46,19	103809	120,22	43,27
2.60.3	0805 10 19 0805 10 29 0805 10 39 0805 10 49	— andere	44,27	1824	348,36	84,39	296,91	11955	36,43	81874	94,81	34,13
2.70		Mandarinen (einschließlich Tangerinen und Satsumas), frisch ; Clementinen, Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüchten, frisch :										
2.70.1	ex 0805 20 10	— Clementinen	71,06	2929	559,17	135,47	476,58	19190	58,48	131421	152,19	54,78
2.70.2	ex 0805 20 30	— Monreales und Satsumas	69,88	2812	527,21	136,50	464,32	18646	56,33	125606	153,46	53,57
2.70.3	ex 0805 20 50	— Mandarinen und Wilkings	64,33	2651	506,21	122,64	431,44	17372	52,94	118973	137,78	49,60
2.70.4	ex 0805 20 70 ex 0805 20 90	— Tangerinen und andere	56,25	2318	442,62	107,23	377,24	15190	46,29	104028	120,47	43,36
2.80	ex 0805 30 10	Zitronen (Citrus limon, Citrus limonum), frisch	49,79	2052	391,80	94,92	333,93	13446	40,98	92085	106,64	38,39
2.85	ex 0805 30 90	Limetten (Citrus aurantifolia), frisch	156,73	6459	1233,25	298,78	1051,10	42323	128,99	289846	335,67	120,83
2.90		Pampelmusen und Grapefruits, frisch :										
2.90.1	ex 0805 40 00	— weiß	43,74	1802	344,20	83,39	293,36	11812	36,00	80895	93,68	33,72
2.90.2	ex 0805 40 00	— rosa	59,34	2445	466,95	113,12	397,98	16025	48,84	109745	127,09	45,75
2.100	0806 10 11 0806 10 15 0806 10 19	Tafeltrauben	96,93	3995	762,69	184,77	650,03	26174	79,77	179251	207,59	74,72
2.110	0807 10 10	Wassermelonen	10,60	437	83,47	20,22	71,14	2864	8,73	19618	22,71	8,17
2.120		andere Melonen :										
2.120.1	ex 0807 10 90	— Amarillo, Cuper, Honey Dew (einschließlich Cantalene), Onteniente, Piel de Sapo (einschließlich Verde Liso), Rochet, Tendral, Futuro	75,02	3092	590,31	143,01	503,11	20258	61,74	138737	160,67	57,83
2.120.2	ex 0807 10 90	— andere	56,93	2346	448,00	108,53	381,82	15374	46,85	105291	121,93	43,89
2.130	0808 10 91 0808 10 93 0808 10 99	Äpfel	41,68	1718	328,00	79,46	279,55	11256	34,30	77088	89,27	32,13
2.140		Birnen										
2.140.1	0808 20 31 0808 20 33 0808 20 35 0808 20 39	Birnen — Nashi (Pyrus pyrifolia)	130,53	5379	1027,07	248,83	875,36	35247	107,42	241387	279,54	100,63
2.140.2	0808 20 31 0808 20 33 0808 20 35 0808 20 39	Andere	37,45	1543	294,74	71,40	251,20	10115	30,82	69271	80,22	28,87
2.150	0809 10 00	Aprikosen	247,86	9982	1864,34	485,74	1635,68	66149	198,97	438280	544,67	192,93
2.160	0809 20 10 0809 20 90	Kirschen	102,26	4136	802,32	197,13	685,71	27672	83,37	186134	221,74	77,70
2.170	ex 0809 30 00	Pfirsiche	34,31	1388	269,22	66,15	230,09	9285	27,97	62459	74,40	26,07

Ru- brik	KN-Code	Warenbenennung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag) / 100 kg netto									
			ECU	bfrs/lfrs	Dkr	DM	ffrs	Dr	irisches £	Lit	hfl	£ Sterling
2.180	ex 0809 30 00	Nektarinen	77,86	3 209	612,64	148,42	522,15	21 024	64,08	143 986	166,75	60,02
2.190	0809 40 11 0809 40 19	Pflaumen	87,01	3 586	684,70	165,88	583,56	23 497	71,61	160 922	186,36	67,08
2.200	0810 10 10 0810 10 90	Erdbeeren	155,21	6 218	1 159,45	302,56	1 021,70	41 065	124,00	278 950	339,49	121,58
2.205	0810 20 10	Himbeeren	1 048,0	42 174	7 906,65	2 047,19	6 963,49	279 647	844,87	1 883 741	2 301,55	803,54
2.210	0810 40 30	Heidelbeeren der Art <i>Vaccinium myrtillus</i>	102,94	4 142	776,64	201,08	684,00	27 469	82,98	185 034	226,07	78,92
2.220	0810 90 10	Kiwifrüchte (<i>Actinidia chinensis</i> Planch.)	129,13	5 322	1 016,06	246,16	865,98	34 869	106,27	238 800	276,55	99,55
2.230	ex 0810 90 80	Granatäpfel	61,70	2 542	485,48	117,61	413,77	16 661	50,78	114 100	132,13	47,56
2.240	ex 0810 90 80	Kakis (einschließlich Sharon)	257,06	10 595	2 022,69	490,04	1 723,93	69 415	211,56	475 384	550,54	198,18
2.250	ex 0810 90 30	Litschi-Pflaumen	396,58	16 345	3 120,50	756,00	2 659,58	107 090	326,39	733 396	849,34	305,75

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2477/93 DER KOMMISSION

vom 6. September 1993

zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 11,

nach Konsultationen in dem mit der vorgenannten Verordnung eingesetzten Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe:

A. VERFAHREN

- (1) Im Mai 1992 veröffentlichte die Kommission im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*⁽²⁾ eine Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren bestimmter Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China in die Gemeinschaft und leitete eine Untersuchung ein.

Das Verfahren wurde auf Antrag des Committee of European Photo Album Manufacturers (CEPAM) im Namen von Herstellern eingeleitet, auf die angeblich ein größerer Anteil an der Produktion von Fotoalben in der Gemeinschaft entfiel.

Der Antrag enthielt Beweise für das Vorliegen von Dumping bei der Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China und für eine dadurch verursachte bedeutende Schädigung. Diese Beweise wurden als ausreichend angesehen, um die Einleitung eines Verfahrens zu rechtfertigen.

- (2) Die Kommission unterrichtete davon die bekanntermaßen betroffenen Hersteller, Ausführer und Einführer, die Vertreter des Ausfuhrlandes und die Antragsteller und gab den unmittelbar betroffenen Parteien Gelegenheit, ihren Standpunkt schriftlich darzulegen und eine Anhörung zu beantragen.

Ein Unternehmen in Hongkong, das buchgebundene Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China exportierte, einige Einführer in der Gemeinschaft und mehrere antragstellende Gemeinschafts-

hersteller legten ihren Standpunkt schriftlich dar. Alle Parteien wurden auf ihren Antrag hin angehört.

- (3) Die Kommission sandte den bekanntermaßen betroffenen Parteien Fragebogen zu und erhielt ausführliche Informationen von den antragstellenden Gemeinschaftsherstellern, einem Unternehmen in Hongkong, das buchgebundene Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China exportierte, und mehreren Einführern in der Gemeinschaft. Ein Gemeinschaftshersteller, der sich nicht dem Antrag angeschlossen hatte, legte auch nach ausdrücklichem Ersuchen seitens der Kommission keine nicht vertrauliche Zusammenfassung seiner schriftlichen Antwort vor. Nach Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 wurde die Auffassung vertreten, daß seine Informationen von der Kommission nicht berücksichtigt werden sollten. Auf die verbleibenden Gemeinschaftshersteller entfällt nach wie vor ein größerer Anteil der Gemeinschaftsproduktion.
- (4) Die Kommission führte Untersuchungen in den Betrieben folgender Unternehmen durch:
- a) *Antragstellende Gemeinschaftshersteller*
- Deutschland:
- Walther Aulfes, München,
 - Ludwig Fleischmann GmbH & Co. KG, Fulda,
 - Karl Walther GmbH & Co. KG Nettetal;
- Niederlande:
- Henzo BV, Roermond;
- b) *Ausführer buchgebundener Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China*
- Climax Paper Converters Ltd, Hongkong;
- c) *Unabhängiger Einführer*
- Deutschland:
- KLS Service Non-Food-Vertriebs-Gesellschaft m.b.H., Kaarst.
- (5) Die Dumpinguntersuchung betraf den Zeitraum vom 1. April 1991 bis 31. März 1992 (Untersuchungszeitraum).
- (6) Die Untersuchung überstieg den normalen Einjahreszeitraum, da die Wahl eines geeigneten Vergleichslands für die Ermittlung des Normalwertes sehr viel Zeit in Anspruch nahm.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. C 120 vom 12. 5. 1992, S. 10.

B. WARE UND GLEICHARTIGE WARE**i) Beschreibung der Ware**

- (7) Bei der von dem Antrag und dem Verfahren betroffenen Ware handelt es sich um buchgebundene Fotoalben des KN-Codes ex 4820 50 00.
- (8) Buchgebundene Fotoalben sind eine besondere Warenkategorie innerhalb der allgemeinen Palette von Fotoalben, die ringgebundene, postgebundene und spiralgebundene Alben sowie Flip-up-Alben und Slip-in-Alben umfaßt. Die letzteren, nicht buchgebundenen Fotoalben weisen wesentlich andere Merkmale auf als die buchgebundenen Alben. Sie wurden aus den in dem vorausgegangenen Antidumpingverfahren betreffend Fotoalben mit Ursprung in Südkorea und Hongkong mit Beschluß 90/241/EWG der Kommission⁽¹⁾ verhängten Schutzmaßnahmen ausgeklammert, da das Marktangebot der Gemeinschaftshersteller bei diesen Alben unzureichend ist und deshalb insgesamt eine Mangelsituation zu erwarten wäre. Eine Analyse der derzeitigen Situation bestätigt, daß sich die Marktlage bei diesen Fotoalben nicht geändert hat. Daher wird die Auffassung vertreten, daß nicht gebundene Fotoalben aus dem Verfahren auszuschließen sind.

Die buchgebundenen Fotoalben umfassen traditionelle und selbstklebende Fotoalben. Traditionelle Fotoalben bestehen aus Kartonblättern und teils transparenten Zwischenlagen aus Pergamin, und die Fotos werden mit Hilfe von Selbstklebern eingehftet. Selbstklebende Fotoalben sind gekennzeichnet durch selbstklebende Blätter, so daß die Fotos ohne zusätzliche Hilfsmittel eingeklebt werden können. Alle diese buchgebundenen Fotoalben haben die gleichen materiellen Eigenschaften und die gleichen Verwendungen und werden daher als eine Ware angesehen. Dies wird durch die Tatsache belegt, daß sie durch Bindung der inneren Seiten mit einem äußeren Einband nach dem traditionellen Buchbindeverfahren hergestellt werden.

Die buchgebundenen Fotoalben haben zwar verschiedene Formate und Einbände und weisen eine verschiedene Anzahl von Blättern auf, dienen aber alle der gleichen Funktion, nämlich der ordnungsgemäßen Aufbewahrung von Fotos, und können ihrerseits in Regalen wie Bücher aufbewahrt werden. Außerdem sind die traditionellen und die selbstklebenden buchgebundenen Fotoalben austauschbar, konkurrieren direkt miteinander und werden vom Markt nicht als verschiedene Waren eingestuft.

ii) Gleichartige Waren

- (9) Alle Typen von buchgebundenen Fotoalben, die in Südkorea hergestellt und verkauft wurden, das für die Ermittlung des Normalwertes als Vergleichsland mit Marktwirtschaft herangezogen worden war (siehe Randnummer 20), und die Waren der Gemeinschaftshersteller besitzen die gleichen technischen und materiellen Eigenschaften wie die Exporte aus der Volksrepublik China. Die Kommission ist daher der Auffassung, daß die in der Gemeinschaft hergestellten und verkauften buchgebundenen Fotoalben und die in Südkorea verkaufte Ware wie auch die aus der Volksrepublik China eingeführte Ware gleichartige Waren im Sinne des Artikels 2 Absatz 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 sind.
- (10) Ein Unternehmen in Hongkong, Climax Paper Converters Ltd., behauptete, die aus der Volksrepublik China eingeführten buchgebundenen Fotoalben seien von minderer Qualität, hätten ein anderes Aussehen und seien aus anderem Material. Folglich seien sie für das untere Marktsegment bestimmt im Gegensatz zu der Produktion der Gemeinschaftshersteller, die die Nachfrage im oberen Marktsegment deckt. Diesem Argument kann nicht gefolgt werden. Vielmehr wurde festgestellt, daß die Gemeinschaftshersteller entgegen dieser Behauptung nicht mehr ihre Produktion auf teure Luxusartikel konzentrieren und daß ihre Modelle sich kaum von den chinesischen Modellen unterscheiden lassen. Außerdem besitzen die buchgebundenen Fotoalben sowohl gemeinschaftlichen als auch chinesischen Ursprungs ähnliche materielle und technische Grundmerkmale, so daß sie zu der gleichen Kategorie der gleichartigen Ware gehören. Etwaige geringfügige Qualitätsunterschiede zwischen den aus China eingeführten Waren und den Waren der Gemeinschaftshersteller fallen nicht so stark ins Gewicht, daß sie sich in zwei völlig verschiedene Waren gliedern lassen. In jedem Fall sind buchgebundene Fotoalben eine einzige Ware, und der Gemeinschaftsmarkt für buchgebundene Fotoalben sowohl chinesischen als auch gemeinschaftlichen Ursprungs ist homogen und läßt sich nicht in Segmente untergliedern.

C. INDIVIDUELLE BEHANDLUNG

- (11) Nur ein Unternehmen mit Sitz in Hongkong — Climax Paper Converters — beantwortete den Fragebogen der Kommission. Dieses Unternehmen exportiert seit 1990 buchgebundene Fotoalben mit Ursprung in der Volksrepublik China in die Gemeinschaft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 138 vom 31. 5. 1990, S. 48.

Bei dem Fertigungsbetrieb in der Volksrepublik China handelt es sich angeblich nur um einen Produktionsbetrieb des Unternehmens in Hongkong, so daß keine Fakturarechnung zwischen dem Werk in der Volksrepublik China und dem Unternehmen in Hongkong ausgestellt wird. Daher handelt es sich um ein voll erwerbsorientiertes Unternehmen, und alle produktions- und absatzpolitischen Entscheidungen würden frei in Hongkong getroffen. Aus diesen Gründen und mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß es als einziges Unternehmen zur Mitarbeit bereit war, beantragte es eine individuelle Dumpingbeurteilung und Dumpingspanne für dieses Unternehmen.

- (12) Obwohl in einigen vorherigen Antidumpingfällen bestimmten Ausführrern in der Volksrepublik China eine individuelle Behandlung zugestanden worden war, vor allem wenn sie nachgewiesen hatten, daß sie ihre Exportpolitik und ihre Ausführpreise unabhängig vom Staat bestimmen konnten, kam die Kommission im Laufe dieses Verfahrens zu dem Schluß, daß aus folgenden Gründen äußerste Vorsicht in dieser Angelegenheit geboten ist:
- (13) Erstens ist zu bedenken, daß laut der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 in den Antidumpingverordnungen nur das Land und die Ware, für die der Zoll erhoben wird, anzugeben sind. Eine individuelle Behandlung ist folglich in der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 nicht vorgesehen und nur angemessen, soweit dies einen gerechteren und wirksameren Schutz gegen schadenverursachendes Dumping als ein einziger landesweiter Zoll ermöglicht.
- (14) Zweitens ist es im Fall der in Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 genannten Länder (zu denen die Volksrepublik China gehört) nicht möglich, die Leistungsfähigkeit oder den komparativen Vorteil einzelner Ausführrer bei der Ermittlung des Normalwertes zu berücksichtigen, da sich dieser unbedingt auf die Preise oder Kosten in einem Marktwirtschaftsland stützen muß. Die einzige Möglichkeit, Ausführrern in diesen Ländern eine individuelle Behandlung zu gewähren, besteht darin, ihre individuellen Ausführpreise zugrunde zu legen. Oft würde dies zu verzerrten und folglich ungeeigneten individuellen Ergebnissen führen, da dabei die Leistungsfähigkeit oder die komparativen Vorteile oder die Merkmale der Waren der einzelnen Ausführrer nicht berücksichtigt würden.
- (15) Drittens ist es in der Praxis außerordentlich schwierig, im Fall eines Landes wie der Volksrepublik China festzustellen, ob ein Unternehmen tatsächlich sowohl de jure als auch de facto vom Staat unabhängig ist und vor allem ob ein Unternehmen, wenn es zu einem gewissen Zeitpunkt Unabhängigkeit genießt, ständig unabhängig ist. Die Wirtschaft der Volksrepublik China befindet sich im Übergang von einer vollauf staatlich kontrollierten Wirtschaft zu einer teilweise marktorientierten Wirtschaft. Die staatliche Kontrolle besteht in sehr vielen Aspekten des Wirtschaftslebens fort, und die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft erforderlichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsstrukturen sind noch nicht genügend entwickelt und den Wirtschaftsbeteiligten und Beamten nur unzureichend bekannt. Folglich besteht keinerlei Gewißheit, daß die Verträge ausgeführt werden und die angeblichen rechtlichen Sicherheiten bestehen und daß die Ausführrer unabhängig vom Staat handeln können. Fest steht dagegen, daß der Staat das gesamte Wirtschaftsleben in China nach wie vor weitgehend beeinflusst. Der Staat kann jederzeit die Bestimmungen über die Beschäftigung und die Entlohnung von Arbeitnehmern ändern. Er kontrolliert die Energieversorgung und kann Konvertierbarkeit und Transfer der Währung beschränken.
- (16) Viertens ist die Kommission gegenwärtig nicht in der Lage, die Angaben der Ausführrer in China an Ort und Stelle nachzuprüfen, vor allem weil Untersuchungen an Ort und Stelle in Planwirtschaftsländern mit großen Schwierigkeiten verbunden sind. Insbesondere ist es für die Kommission außerordentlich schwierig nachzuprüfen, ob bestimmte Vereinbarungen, die angeblich eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat in der Exportpolitik garantieren, tatsächlich bestehen oder nur vorgegeben werden, vor allem wenn diese Vereinbarungen in Kenntnis der Tatsache getroffen worden sind, daß Antidumpingmaßnahmen eingeführt werden könnten.
- (17) Da eine individuelle Behandlung zu unangemessenen Zollsätzen führen kann und dem Staat die Möglichkeit gibt, die Antidumpingmaßnahmen zu umgehen, indem er die Exporte über den Ausführrer mit dem niedrigsten Zollsatz leitet oder die Herstellung für den Export dort konzentriert, kam die Kommission zu dem Schluß, daß von der allgemeinen Regel, für Staatshandelsländer einen einzigen Antidumpingzoll festzusetzen, nur abgewichen werden sollte, wenn in zufriedenstellender Weise nachgewiesen wird, daß die obengenannten Schwierigkeiten nicht auftreten.
- (18) Im vorliegenden Fall besteht über die Produktion in der Volksrepublik China eine Vereinbarung zwischen dem Unternehmen in Hongkong und den chinesischen Behörden. Laut dieser Vereinbarung ist die Produktion in China keineswegs der staatlichen Kontrolle entzogen. In dem Fertigungsbetrieb in China verwendet das Unternehmen aus Hongkong seine eigenen Maschinen und sein eigenes Personal, Eigentümer ist aber eine chinesische öffentliche Einrichtung, die auch ihre eigenen Manager und Arbeitskräfte einstellt, den chinesischen staatlichen Behörden über ihre Wirtschaftstätigkeiten Bericht erstatten muß und die Vereinbarung mit dem Unternehmen in Hongkong unterzeichnete. Nach einigen Bestimmungen dieser Vereinbarung, insbesondere über die Verwaltung des Fertigungsbetriebs und die Einstellungs- und Entlohnungsbedingungen zu urteilen, kann das Werk über Produktions- und Absatzpolitik nicht unabhängig von den chinesischen Behörden entscheiden.

In den vorgelegten Beweisen wurde ferner eine andere Vereinbarung genannt, mit der Angabe, daß die Bedingungen dieser Vereinbarung von den Parteien der vorgenannten ersten Vereinbarung erfüllt werden müssen. Diese zweite Vereinbarung wurde der Kommission nicht vorgelegt, da sie angeblich zwischen zwei chinesischen Partnern getroffen und nicht veröffentlicht worden war. Nach den vorgelegten Informationen enthielt diese Vereinbarung jedoch die Bedingungen für Auslandsinvestitionen in der betreffenden chinesischen Region, und diese Bedingungen sind für die Geschäftsführung des Fotoalbenbetriebs in China maßgebend.

Aus diesen und aus allen anderen unter den Randnummern 13 bis 17 dargelegten Gründen kommt die Kommission zu dem Schluß, daß in diesem Fall gegenwärtig keine individuelle Behandlung angemessen ist.

D. DUMPING

i) Normalwert

- (19) Nur das Unternehmen in Hongkong, Climax Paper Converters Ltd, war in vollem Umfang zur Mitarbeit bereit. Dieses Unternehmen erklärte, die von ihm verkauften Fotoalben würden in einem Werk in der Volksrepublik China hergestellt und in die Gemeinschaft über Hongkong exportiert, wo die Verkaufsabteilung des Unternehmens ihren Sitz hatte. Die Kommission stellte fest, daß die betreffenden Waren tatsächlich in der Volksrepublik China hergestellt wurden und chinesischen Ursprung hatten. Unter diesen Umständen mußte der Normalwert für das Ursprungsland, also die Volksrepublik China, ermittelt werden.

Bei der Ermittlung des Normalwertes mußte die Kommission die Tatsache berücksichtigen, daß China nicht zu den Marktwirtschaftsländern gehört, und dementsprechend gemäß Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 ihre Berechnungen auf den Normalwert der fraglichen Ware in einem Marktwirtschaftsland stützen. Zu diesem Zweck schlug das Unternehmen in Hongkong Indonesien oder Südkorea vor. Die Kommission setzte sich daraufhin mit Herstellern in diesen beiden Ländern in Verbindung. In Indonesien war kein Hersteller zur Mitarbeit bereit; ein Hersteller lieferte aber Informationen, denen zufolge in diesem Land nur eine begrenzte Produktpalette hergestellt wurde.

- (20) Dagegen stellten die beiden kooperationswilligen Unternehmen in Südkorea die gleichen oder ähnlichen Modelle der Ware her, die aus der Volksrepublik China exportiert wurde. Die Wahl Südkoreas als Vergleichsland wurde daher als angemessen und nicht unvernünftig angesehen, zumal dort zahlreiche Hersteller der gleichartigen Ware miteinander konkurrierten. Die Hersteller in Südkorea und in der Volksrepublik China haben vergleichbaren Zugang zu den Ausgangsstoffen, und der

Markt in Südkorea ist hinreichend repräsentativ, gemessen an dem Volumen der chinesischen Exporte an buchgebundenen Fotoalben.

- (21) Nach den Feststellungen wiesen die auf dem südkoreanischen Inlandsmarkt verkauften buchgebundenen Fotoalben die gleichen zusätzlichen Merkmale auf wie die chinesischen Exportmodelle. Daher wurde es als vernünftig angesehen, den Normalwert rechnerisch anhand der Produktionskosten der in die Gemeinschaft exportierten koreanischen Modelle zu ermitteln, die den chinesischen Modellen vergleichbar waren, und gemäß Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe b) und 2 Absatz 5 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 einen Betrag für Vertriebs-, Verwaltungs- und sonstige Gemeinkosten (nachstehend SGA) und eine Gewinnspanne hinzuzurechnen.
- (22) Aus diesem Grund wurden alle im normalen Handelsverkehr anfallenden fixen und variablen Kosten der koreanischen Hersteller, die die Vergleichsmodelle exportierten, zugrunde gelegt. Was die SGA und den Gewinn anbetrifft, so wurden die durchschnittlichen Spannen der beiden koreanischen Hersteller bei ihren Inlandsverkäufen ermittelt und den Fertigungskosten der einzelnen Modelle hinzugerechnet.

ii) Ausführpreise

- (23) Bei der Ermittlung des Ausführpreises mußte die Kommission der Tatsache Rechnung tragen, daß kein Inlandspreis der zum Export in die Gemeinschaft verkauften Ware festgestellt werden konnte. Für den Vergleich des Normalwertes mußte der Ausführpreis daher gemäß Artikel 2 Absatz 8 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 rechnerisch ermittelt werden anhand des Preises, zu dem die betreffende Ware von dem Unternehmen in Hongkong an unabhängige Abnehmer in der Gemeinschaft weiterverkauft wurde. Gemäß dieser Bestimmung wurde eine Berichtigung für eine geschätzte Gewinnspanne bei den Verkäufen über Hongkong vorgenommen.

Da die Kommission nicht für alle Exporte der chinesischen Waren Informationen erhielt, wurde die Auffassung vertreten, daß die Ausführpreise für die übrigen Exporte gemäß Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 anhand der verfügbaren Fakten ermittelt werden sollten, denn es wäre eine Prämie für mangelnde Mitarbeit, wenn davon ausgegangen würde, daß diese Exporte zu Preisen in die Gemeinschaft verkauft worden waren, die höher waren als der niedrigste Preis der Ausfuhren, für die Informationen vorlagen. Außerdem besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie zu solch höheren Preisen verkauft worden waren. Im Fall dieser Exporte, auf die etwa 40 % der Gesamtexporte in die Gemeinschaft entfielen, wurde bei den Ausführpreisen eine erhebliche Menge der gedumpten Exporte zugrunde gelegt, für die Informationen vorlagen.

iii) Vergleich

- (24) Der Normalwert und die Ausführpreise wurden je Geschäftsvorgang fob chinesische Grenze zur Berücksichtigung der Verkaufsbedingungen verglichen. Gemäß Artikel 2 Absätze 9 und 10 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 wurden Berichtigungen für die die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussenden Unterschiede vorgenommen wie Unterschiede bei den materiellen Eigenschaften, den Einfuhrabgaben und den Verkaufskosten, soweit entsprechende Anträge hinreichend begründet wurden.

Im Interesse eines fairen Vergleichs mit den chinesischen Modellen wurden, soweit angemessen, Unterschiede bei den materiellen Eigenschaften berücksichtigt, wie Zahl und Abmessung der Innenblätter und Abmessung des Einbands. Der Normalwert wurde für die Einfuhrabgaben auf das in der gleichartigen Ware verarbeitete Material berichtigt. Auch wurden die verschiedenen Verkaufskosten berücksichtigt, um einen angemessenen Vergleich mit dem chinesischen Ausführpreis zu gewährleisten. Die Berichtigungen des chinesischen Ausführpreises für Unterschiede bei den direkt mit den Exportverkäufen zusammenhängenden Verkaufskosten basierten auf Schätzungen.

iv) Dumpingspanne

- (25) Für die Volksrepublik China wurde eine einzige Dumpingspanne auf der Grundlage der gewogenen durchschnittlichen Dumpingspanne für die Ausfuhren, für die Informationen vorlagen, und der Dumpingspanne ermittelt, die für die übrigen Ausfuhren, für die keine Informationen vorlagen, nach Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 anhand der verfügbaren Fakten bestimmt worden war. Die letztere Dumpingspanne basierte auf einer erheblichen Menge der gedumpte Exporte des Ausführers chinesischer Fotoalben in Hongkong und beträgt 32,3 %, während die Dumpingspanne für die Exporte, für die der Ausführer in Hongkong ausführliche Informationen vorlegte, 11,5 % erreicht. Folglich ergibt sich für die Ausfuhren aus der Volksrepublik China im gewogenen Durchschnitt eine einheitliche Dumpingspanne von 19,4 %.

E. WIRTSCHAFTSZWEIG DER GEMEINSCHAFT

- (26) Nach den der Kommission vorliegenden Informationen gibt es außer den fünf von CEPAM vertre-

tenen Herstellern noch andere Hersteller in der Gemeinschaft. Während der Untersuchung konnte festgestellt werden, daß auf die Gemeinschaftshersteller, die CEPAM angehörten, im Untersuchungszeitraum mindestens 78 % der gesamten Produktion an buchgebundenen Fotoalben in der Gemeinschaft entfiel. Unter diesen Umständen kam die Kommission zu dem Schluß, daß die fünf Hersteller, die Mitglieder von CEPAM sind, den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft im Sinne von Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 bildeten.

F. SCHÄDIGUNG

i) Volumen und Marktanteil der gedumpte Einfuhren

- (27) Da zu dem KN-Code, unter den buchgebundene Fotoalben fallen, auch noch andere Albentypen gehören, waren keine genauen Angaben über die Gesamteinfuhren und den gesamten Verbrauch der betreffenden Ware erhältlich.

Nach den während der Untersuchung eingeholten Informationen zu urteilen blieb der Verbrauch zwischen Januar 1990 und März 1992 mit jährlich etwa 17 000 Tonnen relativ konstant. Er erhöhte sich von 15 528 Tonnen 1989 auf 16 900 Tonnen im Untersuchungszeitraum.

- (28) In dieser Zeit stiegen die gedumpte Importe aus China von 671,5 Tonnen auf 3 581 Tonnen oder um 433 %. Dementsprechend erhöhten sie ihren Marktanteil von 4,3 % 1989 auf 21,2 % im Untersuchungszeitraum. In der gleichen Zeit ging der Marktanteil der Gemeinschaftshersteller von 43,8 % auf 40,6 % zurück.

ii) Preise der gedumpte Einfuhren

- (29) Die Kommission verglich die chinesischen Preise eines jeden Exportmodells des Ausführers in Hongkong auf der gleichen Handelsstufe mit dem gewogenen durchschnittlichen Ab-Werk-Preis des vergleichbaren Modells der Gemeinschaftshersteller. Der Vergleich ergab, daß die einzelnen Modelle unter den Preisen der Gemeinschaftshersteller verkauft wurden. Nach Berichtigungen für geringfügige Unterschiede bei den materiellen Eigenschaften lag die Preisunterbietung zwischen 3 und 37,9 %. Auch bei den übrigen chinesischen Herstellern wird die Preisunterbietung nicht niedriger angesetzt als die gewogene durchschnittliche Preisunterbietung seitens des Ausführers in Hongkong von 32,1 %, und zwar aus den gleichen Gründen wie weiter oben unter Randnummer 23 dargelegt.

iii) Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft

a) Produktion und Kapazitätsauslastung

- (30) Die jährliche Produktion des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft stieg von 6,003 Millionen Stück (schätzungsweise 7 226 Tonnen) 1989 auf 7,094 Millionen Stück (8 623 Tonnen) 1991. Im Untersuchungszeitraum ging die Produktion dagegen auf 6,425 Millionen Stück (7 802 Tonnen) oder um 9,43 % zurück. Die Kapazitätsauslastung erreichte in den Jahren 1989 bis 1991 mehr oder weniger 75 %, fiel dann aber im Untersuchungszeitraum auf 67 %.

b) Absatz und Lagerbestände

- (31) Die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft erhöhten sich von 5,325 Millionen Stück (6 808 Tonnen) 1989 auf 6,286 Millionen Stück (7 741 Tonnen) 1991. Diese Tendenz hielt jedoch im Untersuchungszeitraum nicht an, und die Verkäufe gingen auf 5,575 Millionen Stück (6 854 Tonnen) zurück. Entsprechend diesem Absatzrückgang im Untersuchungszeitraum erhöhten sich die Lagerbestände von 1991 bis zum Ende dieses Zeitraums um 18,4 %.

c) Preise

- (32) Die Preise der Modelle, die etwa 70 % der Gemeinschaftsproduktion ausmachten, erhöhten sich zwischen 1989 und dem Untersuchungszeitraum um 0,8 %. Die Gemeinschaftshersteller konnten zwar die Preise einiger Modelle 1991 um etwa 4 % anheben, insgesamt reichte die Erhöhung jedoch nicht aus, um eine eindeutige Verschlechterung der Geschäftsergebnisse zu verhindern.

d) Gewinne

- (33) Die Absatzgewinne erreichten im Untersuchungszeitraum weniger als 0,2 %. Die Gemeinschaftshersteller waren nicht in der Lage, ihre Preise so weit anzuheben, daß sie angemessene Gewinne erzielten. Bei einigen Modellen, die in großen Mengen auf dem Gemeinschaftsmarkt sowohl von dem chinesischen Einführer als auch den Gemeinschaftsherstellern verkauft wurden, hielten die Verluste an oder kam es im Untersuchungszeitraum zu negativen Geschäftsergebnissen.

e) Beschäftigung

- (34) Die Beschäftigung ging in dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft zwischen 1989 und dem Ende des Untersuchungszeitraums um 7 % zurück.

iv) Schlußfolgerung

- (35) Aufgrund der vorgenannten Faktoren, vor allem der unzureichenden Gewinne im Zuge des erheblichen Absatzrückgangs im Untersuchungszeitraum, kam die Kommission für die Zwecke ihrer vorläufigen Feststellungen zu dem Schluß, daß die Gemeinschaftshersteller von buchgebundenen Fotoalben eine bedeutende Schädigung im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 erlitten hatten.

G. SCHADENSURACHE

- (36) Die Kommission prüfte, ob die bedeutende Schädigung der Gemeinschaftshersteller durch die gedumpte Einfuhren verursacht worden war oder ob andere Faktoren für diese Schädigung verantwortlich waren oder dazu beigetragen hatten.

i) Auswirkungen der gedumpte Einfuhren

- (37) Die Auswirkungen der Importe von buchgebundenen Fotoalben aus China sind im Zusammenhang mit den Antidumpingmaßnahmen zu beurteilen, die im Mai 1990 gegenüber den Einfuhren von buchgebundenen Fotoalben aus Südkorea und Hongkong in die Gemeinschaft eingeführt worden waren.

Diese Maßnahmen bewirkten eindeutig zwischen 1990 und dem Untersuchungszeitraum einen erheblichen und ständigen Rückgang der Importe aus Südkorea und Hongkong, die den bisherigen Importen aus Hongkong entsprechen. Diese Importe wurden jedoch nur zum Teil durch die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ersetzt, die im Laufe des Jahres 1991 nicht weiter zunahm. 1990 verzeichneten nur die Importe aus China einen erheblichen Anstieg, die den bisherigen Importen aus Hongkong entsprechen, da Climax Paper Converters und andere Ausführer, die nicht an dem Verfahren mitarbeiteten, 1989 oder 1990 ihre Produktion von Hongkong in die Volksrepublik China verlagerten. Sie verdrängten auch teilweise die Importe aus Südkorea auf Kosten des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft. Der Gemeinschaftsmarkt von buchgebundenen Fotoalben ist transparent und äußerst preisempfindlich. Im Untersuchungszeitraum gingen folglich unter dem anhaltenden Druck der Importe aus China zu Preisen, die weit unter den Preisen der Gemeinschaftshersteller lagen, die Verkäufe des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft erheblich zurück, so daß es zu Gewinneinbußen und zunehmenden Verlusten kam.

- (38) Infolgedessen konnte der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft unter dem Druck der Einfuhren aus China keinen vollen Nutzen aus den 1991 eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber anderen Importen der gleichartigen Ware ziehen. Vielmehr beeinflussten diese Importe nachteilig Absatz, Marktanteil, Lagerbestände und Rentabilität der Gemeinschaftshersteller im Untersuchungszeitraum.

ii) Auswirkungen anderer Faktoren

- (39) Die Importe von buchgebundenen Fotoalben aus anderen Ländern als China blieben entweder konstant oder waren rückläufig. Die Einfuhren aus Südkorea und Hongkong sind höchstwahrscheinlich aufgrund der 1990 eingeführten Antidumpingmaßnahmen ebenfalls rückläufig.
- (40) Nach den Eurostat-Zahlen sind die Einfuhren von Alben des KN-Codes 4820 50 00 aus Indonesien angestiegen. Nach den Angaben der Einführer in der Gemeinschaft zu urteilen, fallen die Importe von buchgebundenen Fotoalben aus Indonesien kaum ins Gewicht. Der größte Teil der Importe unter diesem KN-Code besteht aus Flip-up- und Slip-in-Alben sowie ringgebundenen Alben. Wegen der unerheblichen Mengen dürften die buchgebundenen Alben aus Indonesien den Wirtschaftszweig der Gemeinschaft nach Auffassung der Kommission kaum nachteilig beeinflusst haben.
- (41) Die Kommission kam daher zu dem Schluß, daß der Anstieg der gedumpten Importe aus China mit dem Rückgang der Gemeinschaftsproduktion zwischen 1991 und dem Ende des Untersuchungszeitraums zusammentraf und folglich gekoppelt mit einer erheblichen Preisunterbietung den Markt für buchgebundene Fotoalben in der Gemeinschaft sehr nachteilig beeinflusste, so daß die bedeutende Schädigung der Gemeinschaftshersteller allein den gedumpten Importen aus China zuzuschreiben ist.

H. INTERESSE DER GEMEINSCHAFT

- (42) Bei der Abwägung des Interesses der Gemeinschaft berücksichtigte die Kommission gewisse wichtige Tatsachen. So zielen Antidumpingmaßnahmen darauf ab, Wettbewerbsverzerrungen infolge unlauterer Handelspraktiken Einhalt zu gebieten und einen offenen und fairen Wettbewerb auf dem Gemeinschaftsmarkt wiederherzustellen, was grundsätzlich im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft liegt. Ohne vorläufige Maßnahmen würde sich die ohnehin schwierige Situation des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft weiter

verschlechtern, die sich vor allem in der mangelnden Rentabilität zeigt, so daß sein Überleben letztlich gefährdet wäre.

- (43) Sollten die Gemeinschaftshersteller gezwungen sein, die Produktion einzustellen, wäre die Gemeinschaft zur Deckung der Marktnachfrage ausschließlich auf Importe aus Drittländern angewiesen. Dies könnte außerdem ernsthafte Folgen für die vorgelagerten Industrien — Lieferanten von Papier, Pappe, Vinyal und Pergamin — haben.
- (44) Was die Interessen der Abnehmer der betreffenden Ware in der Gemeinschaft anbetrifft, so sind ihre kurzfristigen Preisvorteile gegenüber den längerfristigen Auswirkungen eines anhaltenden unlauteren Wettbewerbs zu sehen. Denn ohne Maßnahmen wäre die Lebensfähigkeit des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft ernsthaft gefährdet, mit dessen Fortfall das Angebot und der Wettbewerb letztlich auf Kosten der Verbraucher verringert würden.
- (45) Die Kommission stellt fest, daß nichts darauf hindeutet, daß mit der Wiederherstellung offener und fairer Marktbedingungen die chinesischen Hersteller vom Gemeinschaftsmarkt verdrängt werden. Mit den Antidumpingmaßnahmen sollen lediglich die Wettbewerbsverzerrungen infolge von Dumpingpraktiken beseitigt werden, so daß nichts dem entgegensteht, die Nachfragerlücke durch Lieferungen aus Drittländern zu fairen Preisen zu schließen. Im vorliegenden Fall ist die Dumpingspanne niedriger als die Schadensschwelle (siehe Randnummer 50). In diesem Fall wird also nur die unlautere Komponente des Preisvorteils der Ausführer beseitigt. In einer solchen Situation können die Ausführer auf der Basis ihres wahren komparativen Vorteils in vollem Umfang am Wettbewerb teilnehmen.
- (46) Die einzige chinesische Gesellschaft in Hongkong, von der der Kommission bekannt ist, daß sie buchgebundene Fotoalben ausführt, erklärte, die Einführung von Maßnahmen läge nicht im Interesse der Gemeinschaft, da diese Maßnahmen nur Herstellern in anderen Drittländern, vor allem in Indonesien, zugute kämen und daher den antragstellenden Gemeinschaftsherstellern keinen Schutz bieten würden. Nach den Untersuchungsergebnissen fallen die Importe buchgebundener Fotoalben aus Indonesien nicht ins Gewicht, und in jedem Fall würde eine Verdrängung der Importe aus China auf dem Gemeinschaftsmarkt nur das Ergebnis eines normalen Wettbewerbs sein, da die Preisvorteile der Käufer chinesischer buchgebundener Fotoalben auf unfairen Geschäftspraktiken beruhten und folglich kein Grund dafür besteht, weiterhin unfaire Billigpreise zu dulden.

- (47) Nach Abwägung aller auf dem Spiel stehenden allgemeinen und besonderen Interessen wird vorläufig der Schluß gezogen, daß mit der Verabschiedung von Maßnahmen im vorliegenden Fall ein fairer Wettbewerb durch die Beseitigung der nachteiligen Auswirkungen der Dumpingpraktiken wiederhergestellt wird, der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft die Möglichkeit erhält, aus seinen umfangreichen Investitionen in den letzten Jahren Nutzen zu ziehen und damit der vorgelagerten Zulieferindustrie in der Gemeinschaft ein gewisser Schutz geboten wird.
- (48) Die Kommission stellt daher fest, daß es im Interesse der Gemeinschaft liegt, Antidumpingmaßnahmen in Form eines vorläufigen Zolls einzuführen, um eine weitere Schädigung durch die gedumpten Importe während des Verfahrens zu verhindern.

I. ZOLL

- (49) Bei der Ermittlung des vorläufigen Zolls berücksichtigte die Kommission die festgestellte Dumpingspanne und den zur Beseitigung der Schädigung der Gemeinschaftshersteller erforderlichen Zollbetrag.
- (50) Die Schädigung wurde hauptsächlich durch die Preisunterbietung seitens der gedumpten Importe verursacht. Da die Preisdifferenz zwischen den Herstellern in China und den Gemeinschaftsherstellern im gewogenen Durchschnitt höher ist als die festgestellte Dumpingspanne, ist der vorläufige Zoll auf der Höhe der einheitlichen Dumpingspanne festzusetzen, die gemäß Artikel 13 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 ermittelt wurde (siehe Randnummer 25).
- (51) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Verwaltung ist eine Frist festzusetzen, innerhalb deren die betroffenen Parteien ihren Standpunkt schriftlich darlegen und eine Anhörung beantragen können. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß alle Feststellungen für die Zwecke dieser Verordnung vorläufig

sind und für die Zwecke eines endgültigen Zolls, den die Kommission unter Umständen vorschlägt, überprüft werden können —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Auf die Einfuhren von buchgebundenen Fotoalben des KN-Codes ex 4820 50 00 mit Ursprung in der Volksrepublik China wird ein vorläufiger Antidumpingzoll eingeführt.

(2) Der Antidumpingzollsatz auf den Nettopreis frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt, beträgt :

Ware	Zollsatz	Taric-Code
Buchgebundene Fotoalben	19,4 %	4820 50 00*10

(3) Für die Erhebung dieses Zolls sind die geltenden Zollbestimmungen maßgebend.

(4) Die Abfertigung der in Absatz 1 genannten Waren zum zollrechtlich freien Verkehr in der Gemeinschaft ist von einer Sicherheitsleistung in Höhe des vorläufigen Zolls abhängig.

Artikel 2

Unbeschadet des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 können die betroffenen Parteien innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieser Verordnung ihren Standpunkt schriftlich darlegen und bei der Kommission einen Antrag auf Anhörung stellen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Vorbehaltlich der Artikel 11, 12 und 13 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 gilt Artikel 1 für einen Zeitraum von vier Monaten oder bis zum Erlaß endgültiger Maßnahmen durch den Rat.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. September 1993

Für die Kommission

Leon BRITTAN

Vizepräsident

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2478/93 DER KOMMISSION

vom 7. September 1993

zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 35 (laufende Nummer 40.0350) mit Ursprung in Thailand, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991 ⁽¹⁾, verlängert für 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3917/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 wird die Zollpräferenzregelung für 1993 für jede Warenkategorie in den Anhängen I und II gewährt, die Gegenstand von Einzelplafonds ist, und zwar bis zur Höhe der Mengen, die in Spalte 8 ihres Anhangs I und in Spalte 7 ihres Anhangs II bezüglich bestimmter oder jeder in Spalte 5 derselben Anhänge genannten Ursprungsländer oder -gebiete festgesetzt sind. Gemäß Artikel 11 der genannten Verordnung können die Zollsätze bei der Einfuhr der betreffenden Waren jederzeit wiedereinge-

führt werden, sobald die genannten Einzelplafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind.

Für die Waren der Kategorie 35 (laufende Nummer 40.0350) mit Ursprung in Thailand ist der Plafond auf 264 Tonnen festgesetzt. Am 14. Mai 1993 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren mit Ursprung in Thailand, für die Zollpräferenzen gewährt werden, den in Rede stehenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, den Zollsatz für die betreffenden Waren gegenüber Thailand wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Ab 12. September 1993 wird der Zollsatz, der aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 für 1993 ausgesetzt ist, für Einfuhren in die Gemeinschaft von folgenden Waren mit Ursprung in Thailand wiedereingeführt:

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung
40.0350	35 (Tonnen)	5407 10 00	Gewebe aus synthetischen Spinnfäden, andere als für die Reifenherstellung der Kategorie 114
		5407 20 90	
		5407 30 00	
		5407 41 00	
		5407 42 10	
		5407 42 90	
		5407 43 00	
		5407 44 10	
		5407 44 90	
		5407 51 00	
		5407 52 00	
		5407 53 10	
		5407 53 90	
		5407 54 00	
		5407 60 10	
		5407 60 30	
		5407 60 51	
		5407 60 59	
		5407 60 90	
		5407 71 00	
		5407 72 00	
		5407 73 10	
		5407 73 91	
5407 73 99			

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 396 vom 31. 12. 1992, S. 1.

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung
40.0350 (Forts.)		5407 74 00	
		5407 81 00	
		5407 82 00	
		5407 83 10	
		5407 83 90	
		5407 84 00	
		5407 91 00	
		5407 92 00	
		5407 93 10	
		5407 93 90	
		5407 94 00	
		5811 00 00*95	
		5905 00 70*90	

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. September 1993

Für die Kommission
Christiane SCRIVENER
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2479/93 DER KOMMISSION

vom 7. September 1993

zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorien 14, 20 und 26 (laufende Nummern 40.0140, 40.0200 und 40.0260) mit Ursprung in Malaysia, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991⁽¹⁾, verlängert für 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3917/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 wird die Zollpräferenzregelung für 1993 für jede Warenkategorie in den Anhängen I und II gewährt, die Gegenstand von Einzelplafonds ist, und zwar bis zur Höhe der Mengen, die in Spalte 8 ihres Anhangs I und in Spalte 7 ihres Anhangs II bezüglich bestimmter oder jeder in Spalte 5 derselben Anhänge genannten Ursprungsländer oder -gebiete festgesetzt sind. Gemäß Artikel 11 der genannten Verordnung können die Zollsätze bei der Einfuhr der betreffenden Waren jederzeit wiedereinge-

führt werden, sobald die genannten Einzelplafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind.

Für die Waren der Kategorien 14, 20 und 26 (laufende Nummern 40.0140, 40.0200 und 40.0260) mit Ursprung in Malaysia ist der Plafond auf 46 000 Stück, 232 Tonnen bzw. 395 000 Stück festgesetzt. Am 17. Juni 1993 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren mit Ursprung in Malaysia, für die Zollpräferenzen gewährt werden, den in Rede stehenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, den Zollsatz für die betreffenden Waren gegenüber Malaysia wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 12. September 1993 wird der Zollsatz, der aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 für 1993 ausgesetzt ist, für Einfuhren in die Gemeinschaft von folgenden Waren mit Ursprung in Malaysia wiedereingeführt :

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung
40.0140	14 (1 000 Stück)	6201 11 00	Mäntel und Umhänge, für Männer und Knaben, aus Gewebe, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen (ausgenommen Parkas der Kategorie 21)
		6201 12 10*90	
		6201 12 90*90	
		6201 13 10*90	
		6201 13 90*90	
		6210 20 00	
40.0200	20 (Tonnen)	6302 21 00	Bettwäsche, andere als aus Gewirken
		6302 22 90	
		6302 29 90	
		6302 31 10	
		6302 31 90	
		6302 32 90	
		6302 39 90	

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 396 vom 31. 12. 1992, S. 1.

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung
40.0260	26 (1 000 Stück)	6104 41 00	Kleider für Frauen und Mädchen, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen
		6104 42 00	
		6104 43 00	
		6104 44 00	
		6204 41 00	
		6204 42 00	
		6204 43 00	
		6204 44,00	

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. September 1993

Für die Kommission
Christiane SCRIVENER
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2480/93 DER KOMMISSION
vom 7. September 1993

zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 16 (laufende Nummer 40.0160) mit Ursprung in Pakistan, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991 ⁽¹⁾, verlängert für 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3917/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 wird die Zollpräferenzregelung für 1993 für jede Warenkategorie in den Anhängen I und II gewährt, die Gegenstand von Einzelplafonds ist, und zwar bis zur Höhe der Mengen, die in Spalte 8 ihres Anhangs I und in Spalte 7 ihres Anhangs II bezüglich bestimmter oder jeder in Spalte 5 derselben Anhangs genannten Ursprungsländer oder -gebiete festgesetzt sind. Gemäß Artikel 11 der genannten Verordnung können die Zollsätze bei der Einfuhr der betreffenden Waren jederzeit wiedereinge-

führt werden, sobald die genannten Einzelplafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind.

Für die Waren der Kategorie 16 (laufende Nummer 40.0160) mit Ursprung in Pakistan ist der Plafond auf 99 000 Stück festgesetzt. Am 28. Mai 1993 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren mit Ursprung in Pakistan, für die Zollpräferenzen gewährt werden, den in Rede stehenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, den Zollsatz für die betreffenden Waren gegenüber Pakistan wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 12. September 1993 wird der Zollsatz, der aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 für 1993 ausgesetzt ist, für Einfuhren in die Gemeinschaft von folgenden Waren mit Ursprung in Pakistan wiedereingeführt :

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung	
40.0160	16 (1 000 Stück)	6203 11 00	Anzüge und Kombinationen, andere als aus Gewirken, für Männer und Knaben, aus Wolle, Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen, ausgenommen Skianzüge	
		6203 12 00		
		6203 19 10		
		6203 19 30		
		6203 21 00		
		6203 22 80		
		6203 23 80		
		6203 29 18		
		6211 32 31		Trainingsanzüge, gefüttert, mit Außenseite aus ein und demselben Flächenerzeugnis, für Männer und Knaben, aus Baumwolle oder synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen
		6211 33 31		

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 396 vom 31. 12. 1992, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. September 1993

Für die Kommission
Christiane SCRIVENER
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2481/93 DER KOMMISSION

vom 7. September 1993

zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 20 (laufende Nummer 40.0200) mit Ursprung im Iran, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991 ⁽¹⁾, verlängert für 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3917/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 wird die Zollpräferenzregelung für 1993 für jede Warenkategorie in den Anhängen I und II gewährt, die Gegenstand von Einzelplafonds ist, und zwar bis zur Höhe der Mengen, die in Spalte 8 ihres Anhangs I und in Spalte 7 ihres Anhangs II bezüglich bestimmter oder jeder in Spalte 5 derselben Anhangs genannten Ursprungsländer oder -gebiete festgesetzt sind. Gemäß Artikel 11 der genannten Verordnung können die Zollsätze bei der

Einfuhr der betreffenden Waren jederzeit wiedereingeführt werden, sobald die genannten Einzelplafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind.

Für die Waren der Kategorie 20 (laufende Nummer 40.0200) mit Ursprung im Iran ist der Plafond auf 232 Tonnen festgesetzt. Am 18. Juni 1993 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren mit Ursprung im Iran, für die Zollpräferenzen gewährt werden, den in Rede stehenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, den Zollsatz für die betreffenden Waren gegenüber dem Iran wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 12. September 1993 wird der Zollsatz, der aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 für 1993 ausgesetzt ist, für Einfuhren in die Gemeinschaft von folgenden Waren mit Ursprung im Iran wiedereingeführt :

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung
40.0200	20 (Tonnen)	6302 21 00	Bettwäsche, andere als aus Gewirken
		6302 22 90	
		6302 29 90	
		6302 31 10	
		6302 31 90	
		6302 32 90	
		6302 39 90	

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. September 1993

Für die Kommission

Christiane SCRIVENER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 396 vom 31. 12. 1992, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2482/93 DER KOMMISSION

vom 7. September 1993

zur Wiedereinführung des Zollsatzes für die Waren der Kategorie 31 (laufende Nummer 40.0310) mit Ursprung in Indonesien, für die die in der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 des Rates vom 20. Dezember 1990 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für Textilwaren mit Ursprung in Entwicklungsländern im Jahr 1991 ⁽¹⁾, verlängert für 1993 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3917/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 wird die Zollpräferenzregelung für 1993 für jede Warenkategorie in den Anhängen I und II gewährt, die Gegenstand von Einzelplafonds ist, und zwar bis zur Höhe der Mengen, die in Spalte 8 ihres Anhangs I und in Spalte 7 ihres Anhangs II bezüglich bestimmter oder jeder in Spalte 5 derselben Anhänge genannten Ursprungsländer oder -gebiete festgesetzt sind. Gemäß Artikel 11 der genannten Verordnung können die Zollsätze bei der Einfuhr der betreffenden Waren jederzeit wiedereinge-

führt werden, sobald die genannten Einzelplafonds auf Gemeinschaftsebene erreicht sind.

Für die Waren der Kategorie 31 (laufende Nummer 40.0310) mit Ursprung in Indonesien ist der Plafond auf 674 000 Stück festgesetzt. Am 14. Mai 1993 haben die in der Gemeinschaft angerechneten Einfuhren der genannten Waren mit Ursprung in Indonesien, für die Zollpräferenzen gewährt werden, den in Rede stehenden Plafond erreicht.

Es ist angezeigt, den Zollsatz für die betreffenden Waren gegenüber Indonesien wieder einzuführen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Ab 12. September 1993 wird der Zollsatz, der aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 3832/90 für 1993 ausgesetzt ist, für Einfuhren in die Gemeinschaft von folgenden Waren mit Ursprung in Indonesien wiedereingeführt :

Laufende Nummer	Kategorie (Einheit)	KN-Code	Warenbezeichnung
40.0310	31 (1 000 Stück)	6212 10 00	Büstenhalter, aus Geweben oder aus Gewirken

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 7. September 1993

Für die Kommission

Christiane SCRIVENER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 31. 12. 1990, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 396 vom 31. 12. 1992, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2483/93 DER KOMMISSION

vom 8. September 1993

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1198/93 und zur Erhöhung der Dauerausschreibung zur Ausfuhr von im Besitz der französischen Interventionsstelle befindlichem Brotweichweizen auf 3 500 000 TonnenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2193/93 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 der
Kommission vom 28. Juli 1993 zur Festlegung des
Verfahrens und der Bedingungen für die Abgabe von
Getreide durch die Interventionsstellen⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1198/93 der Kom-
mission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 2336/93⁽⁵⁾, wurde eine Dauerausschreibung zur
Ausfuhr von 3 000 000 Tonnen Brotweichweizen im
Besitz der französischen Interventionsstelle eröffnet. Mit
seiner Mitteilung vom 2. September 1993 hat Frankreich
die Kommission von der Absicht seiner Interventions-
stelle unterrichtet, die zur Ausfuhr ausgeschriebene
Menge um 500 000 Tonnen zu erhöhen. Die gesamte im
Besitz der französischen Interventionsstelle befindliche
und auf Dauer zur Ausfuhr ausgeschriebene Menge Brot-
weichweizen ist auf 3 500 000 Tonnen zu erhöhen.

In Anbetracht der Erhöhung der ausgeschriebenen Menge
erscheint es erforderlich, an der Liste der Lagerorte,
Gebiete und eingelagerten Mengen Änderungen vorzu-

nehmen. Deshalb ist insbesondere der Anhang I der
Verordnung (EWG) Nr. 1198/93 zu ändern.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1198/93 erhält
folgende Fassung :*„Artikel 2*

(1) Die Ausschreibung betrifft eine Höchstmenge
von 3 500 000 Tonnen Brotweichweizen, der nach
allen Drittländern ausgeführt werden kann. Die
Abwicklung der Ausfuhrzollformalitäten erfolgt
zwischen dem 1. Juli und dem 30. November 1993.

(2) Die Gebiete, in denen die 3 500 000 Tonnen
Brotweichweizen lagern, sind in Anhang I ange-
geben.“

*Artikel 2*Der Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 1198/93 wird
durch den Anhang der vorliegenden Verordnung ersetzt.*Artikel 3*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.⁽²⁾ ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 22.⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 122 vom 18. 5. 1993, S. 23.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 213 vom 24. 8. 1993, S. 1.

ANHANG

„ANHANG I

(in Tonnen)

Lagerort	Menge
Amiens	203 000
Bordeaux	55 000
Clermont-Ferrand	10 000
Châlons-sur-Marne	534 000
Dijon	86 000
Lille	387 000
Lyon	18 000
Nancy	70 000
Nantes	105 000
Orléans	890 000
Paris	265 000
Poitiers	355 000
Rennes	95 000
Rouen	378 000
Toulouse	49 000*

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2484/93 DER KOMMISSION
vom 8. September 1993
zur Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1548/93 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16
Absatz 8,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates
vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und
die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anzuwen-
denden Umrechnungskurse ⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Melasse zu erhebende Abschöp-
fung wurde mit Verordnung (EWG) Nr. 1693/93 der
Kommission ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2354/93 ⁽⁵⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 1693/93 dargelegten Regeln und Einzelheiten auf die
Angaben, über die die Kommission gegenwärtig verfügt,

führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen
Abschöpfung, wie es in Artikel 1 dieser Verordnung ange-
geben wird.

Um ein reibungsloses Funktionieren der Abschöpfungsre-
gelung zu ermöglichen, ist für die Berechnung der
Abschöpfungen bei den floatenden Währungen der im
Referenzzeitraum vom 7. September 1993 festgestellte
repräsentative Marktkurs anzuwenden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die in Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 1785/81 genannte Abschöpfung für Melasse wird für
Melassen, auch entfärbt, der KN-Codes 1703 10 00 und
1703 90 00 auf 0,54 ECU je 100 kg festgesetzt.

(2) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung
91/482/EWG werden jedoch bei der Einfuhr von Erzeug-
nissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und
Gebieten keine Abschöpfungen erhoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 9. September 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 159 vom 1. 7. 1993, S. 36.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 216 vom 26. 8. 1993, S. 9.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2485/93 DER KOMMISSION

vom 8. September 1993

zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von bestimmten Pflaumensorten mit Ursprung in Ungarn

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 638/93 ⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 2388/93 der
Kommission ⁽³⁾ wird bei der Einfuhr von bestimmten
Pflaumensorten mit Ursprung in Ungarn eine Ausgleichs-
abgabe vorgesehen.Für diese Erzeugnisse mit Ursprung in Ungarn hat es an
sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen keine Notie-rungen gegeben. Die in Artikel 26 Absatz 1 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedingungen für
die Aufhebung der Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von
bestimmten Pflaumensorten mit Ursprung in Ungarn
sind daher erfüllt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 2388/93 wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 9. September 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 69 vom 20. 3. 1993, S. 7.⁽³⁾ ABl. Nr. L 218 vom 28. 8. 1993, S. 39.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2486/93 DER KOMMISSION

vom 8. September 1993

zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die
im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1144/93
durchgeführte 15. Teilausschreibung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1548/93⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 19
Absatz 4 erster Unterabsatz Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1144/93 der
Kommission vom 10. Mai 1993 betreffend eine Daueraus-
schreibung für die Festsetzung von Abschöpfungen und/
oder Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker⁽³⁾
werden Teilausschreibungen für die Ausfuhr dieses
Zuckers durchgeführt.

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 1144/93 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der
Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung
insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der
voraussichtlichen Entwicklung des Zuckermarktes in der
Gemeinschaft sowie des Weltmarktes festzusetzen.

Nach Prüfung der Angebote sind für die 15. Teilaus-
schreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen
festzulegen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 990/93 des Rates⁽⁴⁾ untersagt
den Handel zwischen der Europäischen Wirtschaftsge-

meinschaft und der Föderativen Republik Jugoslawien
(Serbien und Montenegro). Dieses Verbot gilt jedoch nicht
in Situationen wie denen, die in den Artikeln 2, 4, 5 und
7 der genannten Verordnung limitativ angeführt sind. Bei
der Festsetzung der Erstattungen ist dieser Bestimmung
Rechnung zu tragen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Für die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1144/93
durchgeführte 15. Teilausschreibung für Weißzucker wird
eine Ausfuhrerstattung von höchstens 41,407 ECU je 100
kg festgesetzt.

(2) Die für die Ausfuhr nach der Föderativen Republik
Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vorgesehenen
Erstattungen dürfen nur unter Einhaltung der mit der
Verordnung (EWG) Nr. 990/93 festgelegten Bedingungen
gewährt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 9. September 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 116 vom 12. 5. 1993, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 102 vom 28. 4. 1993, S. 14.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2487/93 DER KOMMISSION

vom 8. September 1993

über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 200 000 Tonnen Brotroggen aus Beständen der deutschen Interventionsstelle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2193/93 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verfahren und Bedingungen eines Verkaufs von Getreide aus Beständen der Interventionsstellen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 der Kommission⁽³⁾ festgelegt.

Angesichts der heutigen Marktlage ist es zweckmäßig, zum Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 200 000 Tonnen Brotroggen aus Beständen der deutschen Interventionsstelle eine Dauerausschreibung zu eröffnen und den Mindestpreis für den Wiederverkauf auf das Niveau des Richtpreises anzuheben.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die deutsche Interventionsstelle führt zum Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 200 000 Tonnen Brotroggen

aus ihren Beständen eine Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 durch.

Artikel 2

- (1) Die Angebotsfrist für die erste Teilausschreibung läuft am 14. September 1993 aus.
- (2) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschreibung endet am 21. Dezember 1993.
- (3) Die Angebote sind bei der deutschen Interventionsstelle zu hinterlegen:

Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (BALM),
Adickesallee 40,
D-60322 Frankfurt am Main,
Telefax: 1 56 47 93-795.

Artikel 3

Abweichend von Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 darf das berücksichtigte Angebot in keinem Fall unter 128,32 ECU/Tonne liegen, zuzüglich der für die Intervention festgesetzten monatlichen Zuschläge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1542/93 des Rates⁽⁴⁾.

Artikel 4

Die deutsche Interventionsstelle teilt der Kommission spätestens am Dienstag der Woche nach dem Ablauf der Angebotsfrist die Menge und die Durchschnittspreise der jeweils verkauften Partien mit.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 196 vom 5. 8. 1993, S. 22.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 154 vom 25. 6. 1993, S. 3.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2488/93 DER KOMMISSION**vom 8. September 1993****betreffend die Erteilung von Einfuhrlizenzen für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3391/92 des Rates vom 23. November 1992 zur Eröffnung eines Gemeinschaftszollkontingents für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch der KN-Codes 0201 und 0202 sowie für Waren der KN-Codes 0206 10 95 und 0206 29 91 (1993) (1), insbesondere auf Artikel 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EWG) Nr. 3633/92 der Kommission vom 16. Dezember 1992 über Durchführungsbestimmungen zu den Einfuhrregelungen im Rindfleischsektor gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 3391/92 und (EWG) Nr. 3393/92 des Rates (2) legt in Artikel 7 fest, daß die Einreichung der Lizenzanträge und die Erteilung der Einfuhrlizenzen für das in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) genannte Fleisch gemäß den Bestimmungen der Artikel 12 und 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2377/80 der Kommission vom 4. September 1980 über die besonderen Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch (3), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2292/93 (4), erfolgen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 3633/92 hat in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) die Menge frischen, gekühlten oder gefrorenen hochwertigen Rindfleischs mit Ursprung in

und Herkunft aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, die im Jahr 1993 unter besonderen Bedingungen eingeführt werden kann, auf 10 000 Tonnen festgesetzt.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die in dieser Verordnung vorgesehenen Lizenzen während ihrer gesamten Gültigkeitsdauer nur unter Berücksichtigung der tierseuchenrechtlichen Regelungen verwendet werden können —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Jedem für die ab 1. bis 5. September 1993 eingereichten Einfuhrlizenzantrag für frisches, gekühltes oder gefrorenes hochwertiges Rindfleisch gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 3633/92 wird vollständig stattgegeben.

(2) Anträge auf Lizenzen können gemäß Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 2377/80 in den ersten fünf Tagen des Monats Oktober 1993 für 6 408 Tonnen gestellt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 9. September 1993 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. September 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

(1) ABl. Nr. L 346 vom 27. 11. 1992, S. 1.
(2) ABl. Nr. L 368 vom 17. 12. 1992, S. 27.
(3) ABl. Nr. L 241 vom 13. 9. 1980, S. 5.
(4) ABl. Nr. L 206 vom 18. 8. 1993, S. 3.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4. August 1993

über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. August 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind

(93/486/Euratom, EGKS, EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, festgelegt durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3761/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 1419/93 des Rates ⁽³⁾ sind in Anwendung des Artikels 13 Absatz 1 des Anhangs X zum Statut die Berichtigungskoeffizienten festgesetzt worden, die ab dem 1. Juli 1992 auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind.

Einige dieser Berichtigungskoeffizienten sollten mit Wirkung vom 1. August 1992 angepaßt werden, da gemäß den der Kommission zur Verfügung stehenden statistischen Angaben die mit dem Berichtigungskoeffizienten und dem entsprechenden Wechselkurs erfaßte Änderung

der Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung für einige Drittländer 5 v. H. übersteigt —

BESCHLIESST :

Einziges Artikel

Mit Wirkung vom 1. August 1992 werden die Berichtigungskoeffizienten, die auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind, entsprechend dem Anhang angepaßt.

Für die Auszahlung der Dienstbezüge werden die für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften verwendeten Wechselkurse des Monats, der dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Beschlusses vorausgeht, zugrunde gelegt.

Brüssel, den 4. August 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 140 vom 11. 6. 1993, S. 1.

ANHANG

Land der dienstlichen Verwendung	Berichtigungskoeffizient mit Wirkung vom 1. August 1992
Angola	995,3400000
Brasilien	64,1800000
Guinea-Bissau	76,9300000
Jugoslawien	34,7000000
Libanon	19,2900000
Nigeria	34,3100000
Peru	121,4400000
Sambia	67,1500000
Somalia	126,7000000
Sudan	29,4000000
Swasiland	55,2800000
Zaire	16,7600000

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4. August 1993

über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. September 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind

(93/487/Euratom, EGKS, EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, festgelegt durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3761/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X,

in Erwägung nachstehender Gründe:

In der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 1419/93 des Rates ⁽³⁾ sind in Anwendung des Artikels 13 Absatz 1 des Anhangs X zum Statut die Berichtigungskoeffizienten festgesetzt worden, die ab dem 1. Juli 1992 auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind.Im Laufe der letzten Monate hat die Kommission diese Berichtigungskoeffizienten ⁽⁴⁾ gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X zum Statut verschiedentlich angepaßt.

Einige dieser Berichtigungskoeffizienten sollten mit Wirkung vom 1. September 1992 angepaßt werden, da gemäß den der Kommission zur Verfügung stehenden statistischen Angaben die mit dem Berichtigungskoeffi-

zienten und dem entsprechenden Wechselkurs erfaßte Änderung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung für einige Drittländer 5 v.H. übersteigt —

BESCHLIESST:

Einziges Artikel

Mit Wirkung vom 1. September 1992 werden die Berichtigungskoeffizienten, die auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind, entsprechend dem Anhang angepaßt.

Für die Auszahlung der Dienstbezüge werden die für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften verwendeten Wechselkurse des Monats, der dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Beschlusses vorausgeht, zugrunde gelegt.

Brüssel, den 4. August 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 140 vom 11. 6. 1993, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 131 vom 28. 5. 1993, S. 53-62.

ANHANG

Land der dienstlichen Verwendung	Berichtigungskoeffizient mit Wirkung vom 1. September 1992
Angola	1 047,600000
Brasilien	56,130000
Bulgarien	30,690000
Jugoslawien	263,480000
Kolumbien	45,260000
Libanon	16,460000
Malawi	49,730000
Peru	120,370000
Polen	71,940000
Rumänien	24,860000
Sambia	60,120000
Sierra Leone	64,290000
Simbabwe	51,560000
Somalia	133,260000
Surinam	196,500000
Uganda	42,850000
Vietnam	29,120000
Zaire	10,090000

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4. August 1993

über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. Oktober 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind

(93/488/Euratom, EGKS, EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, festgelegt durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3761/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X,

in Erwägung nachstehender Gründe:

In der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 1419/93 des Rates⁽³⁾ sind in Anwendung des Artikels 13 Absatz 1 des Anhangs X zum Statut die Berichtigungskoeffizienten festgesetzt worden, die ab dem 1. Juli 1992 auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind.

Im Laufe der letzten Monate hat die Kommission diese Berichtigungskoeffizienten⁽⁴⁾ gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X zum Statut verschiedentlich angepaßt.

Einige dieser Berichtigungskoeffizienten sollten mit Wirkung vom 1. Oktober 1992 angepaßt werden, da gemäß den der Kommission zur Verfügung stehenden statistischen Angaben die mit dem Berichtigungskoeffi-

zienten und dem entsprechenden Wechselkurs erfaßte Änderung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung für einige Drittländer 5 v. H. übersteigt —

BESCHLIESST:

Einziges Artikel

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1992 werden die Berichtigungskoeffizienten, die auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind, entsprechend dem Anhang angepaßt.

Für die Auszahlung der Dienstbezüge werden die für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften verwendeten Wechselkurse des Monats, der dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Beschlusses vorausgeht, zugrunde gelegt.

Brüssel, den 4. August 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 140 vom 11. 6. 1993, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 131 vom 28. 5. 1993, S. 53-62.

ANHANG

Land der dienstlichen Verwendung	Berichtigungskoeffizient mit Wirkung vom 1. Oktober 1992
Angola	1 198,060000
Argentinien	93,120000
Äthiopien	85,220000
Brasilien	50,470000
Guinea-Bissau	60,240000
Jugoslawien	460,150000
Lesotho	56,520000
Libanon	14,010000
Nigeria	37,020000
Peru	119,310000
Polen	73,890000
Sambia	61,450000
Somalia	149,930000
Sudan	30,010000
Tansania	40,660000
Ungarn	56,130000
Uruguay	73,900000
Venezuela	44,620000
Zaire	90,510000

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4. August 1993

über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. November 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind

(93/489/Euratom, EGKS, EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, festgelegt durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3761/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X,

in Erwägung nachstehender Gründe:

In der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 1419/93 des Rates⁽³⁾ sind in Anwendung des Artikels 13 Absatz 1 des Anhangs X zum Statut die Berichtigungskoeffizienten festgesetzt worden, die ab dem 1. Juli 1992 auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind.Im Laufe der letzten Monate hat die Kommission diese Berichtigungskoeffizienten⁽⁴⁾ gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X zum Statut verschiedentlich angepaßt.

Einige dieser Berichtigungskoeffizienten sollten mit Wirkung vom 1. November 1992 angepaßt werden, da gemäß den der Kommission zur Verfügung stehenden statistischen Angaben die mit dem Berichtigungskoeffi-

zienten und dem entsprechenden Wechselkurs erfaßte Änderung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung für einige Drittländer 5 v. H. übersteigt —

BESCHLIESST:

Einziges Artikel

Mit Wirkung vom 1. November 1992 werden die Berichtigungskoeffizienten, die auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind, entsprechend dem Anhang angepaßt.

Für die Auszahlung der Dienstbezüge werden die für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften verwendeten Wechselkurse des Monats, der dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Beschlusses vorausgeht, zugrunde gelegt.

Brüssel, den 4. August 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 140 vom 11. 6. 1993, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 131 vom 28. 5. 1993, S. 53-62.

ANHANG

Land der dienstlichen Verwendung	Berichtigungskoeffizient mit Wirkung vom 1. November 1992
Angola	478,9300000
Brasilien	49,5800000
Bulgarien	32,6100000
Costa Rica	55,3500000
Fidschi	60,6900000
Haiti	54,5300000
Jugoslawien	624,3600000
Libanon	14,8800000
Mauretanien	103,8900000
Peru	116,1900000
Rumänien	23,3000000
Sambia	65,4200000
Sierra Leone	68,6500000
Somalia	169,0900000
Sudan	34,8900000
Surinam	199,5000000
Türkei	54,4500000
Zaire	67,8100000

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4. August 1993

über die Anpassung der Berichtigungskoeffizienten, die ab dem 1. Dezember 1992 auf die Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten der Europäischen Gemeinschaften anwendbar sind

(93/490/Euratom, EGKS, EWG)

**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

gestützt auf das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, festgelegt durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 3761/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In der Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 1419/93 des Rates ⁽³⁾ sind in Anwendung des Artikels 13 Absatz 1 des Anhangs X zum Statut die Berichtigungskoeffizienten festgesetzt worden, die ab dem 1. Juli 1992 auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind.

Im Laufe der letzten Monate hat die Kommission diese Berichtigungskoeffizienten ⁽⁴⁾ gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Anhangs X zum Statut verschiedentlich angepaßt.

Einige dieser Berichtigungskoeffizienten sollten mit Wirkung vom 1. Dezember 1992 angepaßt werden, da gemäß den der Kommission zur Verfügung stehenden statistischen Angaben die mit dem Berichtigungskoeffi-

zienten und dem entsprechenden Wechselkurs erfaßte Änderung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung für einige Drittländer 5 v.H. übersteigt —

BESCHLIESST :*Einziges Artikel*

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1992 werden die Berichtigungskoeffizienten, die auf die in der jeweiligen Landeswährung gezahlten Dienstbezüge der in einem Drittland diensttuenden Beamten anwendbar sind, entsprechend dem Anhang angepaßt.

Für die Auszahlung der Dienstbezüge werden die für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften verwendeten Wechselkurse des Monats, der dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieses Beschlusses vorausgeht, zugrunde gelegt.

Brüssel, den 4. August 1993

Für die Kommission

René STEICHEN

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 4. 3. 1968, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 383 vom 29. 12. 1992, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 140 vom 11. 6. 1993, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 131 vom 28. 5. 1993, S. 53-62.

ANHANG

Land der dienstlichen Verwendung	Berichtigungskoeffizient mit Wirkung vom 1. Dezember 1992
Algerien	87,7400000
Angola	626,1000000
Brasilien	42,8600000
Guinea Bissau	62,4800000
Indien	36,9100000
Jugoslawien	902,9000000
Kolumbien	47,7500000
Libanon	23,0200000
Mozambik	39,7700000
Nigeria	41,0100000
Peru	121,0500000
Rumänien	27,3300000
Sambia	65,7900000
Simbabwe	54,4000000
Somalia	203,4000000
Sudan	34,3700000
Uruguay	80,9400000
Zaire	82,8400000